

Die „Volkswohlt“ erscheint wöchentlich 8 Mal und ist durch die Expedition, Neue Gravenstr. 5/6, und durch Postboten zu beziehen. Preis vierteljährlich Mfr. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mfr. 2.50, frei ins Haus Mfr. 2.92, wo keine Post am Orte, Mfr. 3.34.

Volkswohlt

für Schlessen, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühren werden für die einseitige Kolonellisten oder deren Raum 30 Pf. Ausdrückliche Inserate 40 Pf. Doppelzeile unter Zug 1 Mfr. Anzeigen für Arbeitsmarkt 25 Pf. Ausdrückliche Vereins- u. Versammlungs-Anzeigen 15 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 257.

Breslau, Sonnabend, den 2. November 1912.

23. Jahrgang

Das preussische Recht.

Die Konservativen und die Nationalliberalen des preussischen Abgeordnetenhauses haben sich bei der polnischen Interpellation über die Anwendung des Enteignungsgesetzes auf die Abgabe kurzer Erklärungen beschränkt. Sie wollten damit demonstrativ zum Ausdruck bringen, daß für sie die Angelegenheit im Prinzip erledigt ist, und sie keine Meinung besitzen, die Grundfragen der preussischen Polenpolitik noch einmal zu erörtern. Von ihrem Standpunkt aus zweifellos das Beste, was sie tun können, denn jede Diskussion der preussischen Gesamtverfassungsmassregeln für Polen, die die Regierung bei diesem Werke unterstützen, von vornherein eine Blamage. Sie sind nicht in der Lage, in dieser Angelegenheit das Wort zu nehmen, ohne vor aller Welt ihre politische Unmoral zu offenbaren. Aber einer von den Verteidigern des Antipolenkurses hat sich dazu hinreissen lassen, einen Satz auszusprechen, der wichtiger und schwerwiegender ist als eine stundenlange Rede: der Herr v. Zedlitz nämlich. Als der konservativere Führer sein Sprüchlein hersagte, machte der Pole voranhand eine Zwischenbemerkung vom „preussischen Recht“, und darauf reagierte der Redner mit der kategorischen Feststellung: Jawohl, das preussische Recht ist das Beste!

Das war flagrant. Ob es auch überlegt und klug war, darüber sind inzwischen am Ende dem sonst so gescheiterten Oktavio v. Zedlitz selbst allerlei Zweifel gekommen. Daß er das preussische Recht für das Beste hält — nun gut, damit hat er nichts Neues und Ueberraschendes gesagt, aber daß er die Existenz eines besonderen preussischen Rechtes zugibt, das in das Deutsche. Bis jetzt haben sich die Parteien der Rechten des Dreiklassenparlamentes und mit ihnen die Nationalliberalen doch eifrig um den Nachweis bemüht, daß die Gesetze, die in Preußen gemacht werden, ebenso wie die auf die eigenen Angelegenheiten des Parlamentes bezüglichen Bestimmungen mit dem Rechte des Reiches nicht nur durchaus vereinbar seien, sondern, daß sie sozusagen nur die Vorschriften des Reiches auf den größten deutschen Bundesstaat anwendeten. Wenn aber jetzt ein Mann von der Autorität des Herrn v. Zedlitz zugestimmt, daß es eine besondere preussische Spielart des Rechtes gebe, so liefert er damit allen Gegnern des preussischen Systems eine sehr wirksame Waffe. Er bestätigt die Behauptungen, die vor allem von der Sozialdemokratie immer aufgestellt sind, und daß er im Gegenzug zu ihr dieses Sonderrecht für gut erklärt, wird seine und seiner von ihm kompromittierten Freunde Position nicht bessern.

Wir haben ja oft genug auf das Charakteristikum des preussischen Rechtes hingewiesen: es fehlt sich rücksichtslos über die Bestimmungen der geschriebenen preussischen Verfassung und über die Vorschriften des Reichsrechtes hinweg. Gerade das Jahr 1912 ist in dieser Beziehung ja besonders lehrreich gewesen.

Man wendet zum ersten Mal das Enteignungsgesetz an, jenes Gesetz, dessen Ausnahmeharakter auf der Hand liegt, das in flagrantem Widerspruch mit dem Artikel 4 der preussischen Verfassung steht, der die Gleichheit aller Preußen ankündigt. Aber weiter. Das Jahr 1912 hat uns, um zunächst bei der besprochenen Ostmarkenpolitik zu bleiben, ja auch die „Besitzbefestigung“ gebracht. Die Regierung ist ermächtigt, Güter aus ihrem Besitz an deutsche Landwirte und Arbeiter zu veräußern. Die Fremdsprachigen werden als Bürger zweiten Ranges behandelt, denen man in dem Lande, das ihre Heimat ist, die Möglichkeit der Erbschaftsübergabe raubt. Allem Reichsrecht und allen Verfassungsbestimmungen zum Trotz. Das preussische Recht stolpert nicht über solche Zwangsmaßnahmen.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Polen und Fortschrittler und eines Teils der Nationalliberalen ist ferner am 23. Mai 1912 die Abänderung der Ausführungsgesetze zum Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz angenommen worden. Es bestimmt, daß säumige Unterhaltungspllichtige von den Verwaltungsbehörden zu Zwangsarbeit in Arbeitshäusern angehalten werden können. Selbst nationalliberale Redner äußerten in diesem Falle Bedenken, und wiesen darauf hin, daß man auf Umwegen die Landesgesetzgebung an die Stelle der Reichsgesetzgebung zu setzen suche. Aber was kümmerte sich die Mehrheit um diesen Einwand. Das eben war ja ihr Zweck und Ziel, die Reichsgesetzgebung, die sie nach ihren Stärkeverhältnissen nicht so kontrollieren kann, wie sie möchte, zugunsten des preussischen Rechtes auszuweichen.

Und dann der Fall Borchardt und Reinert. Das preussische Abgeordnetenhause hat sich eine Geschäftsordnung gegeben, die der preussischen Verfassung und dem Reichsrecht zuwiderläuft und die Verurteilung der beiden Abgeordneten durch die Berliner Strafkammer und die Ablehnung eines Vorgehens gegen den Polizeileutnant sind uns noch lange keine Beweise, daß die Mehrheit sich wirklich auf dem Reichsboden befand, als sie jene Bestimmungen erließ. Wenn eben nicht das Vorhandensein

Die Türken geschlagen.

Sermetsch schließen die kriegsführenden Mächte den Schauplatz ihrer Mordtaten von der Berichterstattung ab. Keine Einzelheit über den Verlauf der Gefechte, keine Mitteilung über die Grausigkeit der Verheerungen paßiert die Zensur, und auch der Ausgang der gegenwärtigen Schlachten ist nur mit Genehmigung der betreffenden Befehlshaber einer weiteren Offenheit zu unterbreiten. Da aber die Türken sich so vollkommen schweigsam verhalten, wird man an den Siegesnachrichten aus Sofia nicht mehr zweifeln können, und es kann höchstens noch die berechtigte Frage aufgeworfen werden, ob diese Schlacht in der südöstlichen Halbinsel des Balkans wirklich schon die Entscheidungsschlacht war, oder ob sich das Ringen näher an Konstantinopel wiederholt. Doch darüber können erst die späteren Meldungen Aufklärung verschaffen.

Auch die Ereignisse auf dem übrigen Kriegsschauplatz verlaufen weiter ungünstig für die Türken, so daß in Konstantinopel die Befürchtung vor inneren Unruhen laut wird, was die Großmächte zu Schutzmaßnahmen für ihre Staatsangehörigen veranlaßt.

Der Kampf am Ergene-Fluß.

Wien, 31. Oktober. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Konstantinopel: Die Kämpfe dauern seit gestern vormittag an. Die Entscheidung ist nahe bevorstehend. Sie ist auf dem östlichen Flügel zu erwarten, wo Türken wie Bulgaren ihre Hauptkräfte einsetzen. Die Schlachtfeldfront ist siebenzig Kilometer lang, der westliche Flügel steht ungefähr bei Lüleburgaz. Der östliche Flügel beider Armeen dehnt sich vom Strandjarschirge bis in die Nähe der Küste des Schwarzen Meeres aus. Die türkische Infanterie ist bedeutend stärker, die Artillerie ist bei beiden Begegnern gleich stark.

Sofia, 31. Oktober. Die Schlacht auf der Linie Lüleburgaz-Serai war sehr erdittert. Die Türken unter dem Befehl Nazim Paschas wurden völlig in die Flucht geschlagen und zogen sich eiligst gegen Tschorlu zurück. Sie ließen eine große Zahl von Toten und Verwundeten zurück.

Thasos und Imbros von Griechen besetzt.

Athen, 31. Oktober. Vizeadmiral Cunduriotis, der Kommandeur des Geschwaders im Ägäischen Meer, besetzte an das Marineministerium: Die Inseln Thasos und Imbros wurden besetzt. Auf beiden Inseln wurde die griechische Flagge gehißt. Heute früh wurde der Kreuzer „Tanaris“ mit einigen Torpedobooten zur Besetzung der kleinen Insel Strato, südlich von Lemnos, abgeschickt.

Türkischer Bericht.

Konstantinopel, 31. Oktober. Die Berichte vom Kriegsschauplatz lauten wenig günstig für die türkische Armee. Nazim Pascha verucht aus den Tschadalinien Verstärkungen für die vordere Linie heranzuziehen. Dort sollen sich noch 90.000 Mann befinden. Neue schwere Kämpfe stehen bei Tschorlu bevor. Täglich treffen neue Hügel aus Anatolien ein. Im Osten herrscht fieberhafte Tätigkeit. Ein Truppentransport ist schon nach Midia im Schwarzen Meer auselaufen, begleitet von einigen Torpedobootszerstörern. Man hofft hier, daß der linke bulgarische Flügel umfassend angegriffen werden kann.

Montenegrinische Erfolge.

Nizza, 31. Oktober. Heute vormittag 10 Uhr 50 Minuten ist die amtliche Meldung eingetroffen, daß Ipek von den Truppen des Generals Wukotisch genommen worden ist. Cetinje, 31. Oktober. Bei Pulai an der Bojana hat gestern abend ein heftiges Gefecht zwischen Türken und Montenegrinern stattgefunden. Die Türken wurden geschlagen, hatten zahlreiche Verwundete und zogen sich nach San Giovanni di Medua zurück. Die Montenegriner hatten nur geringe Verluste. Sie erbeuteten ein türkisches Geschütz.

Der Sieg der Bulgaren.

Sofia, 31. Oktober, 6 Uhr 30 Min. abends. (Agence Bulgare.) In der Schlacht, die mit den Hauptstreitkräften der türkischen Armee in einer Stärke von 150.000 Mann auf der Linie Bunar Sifir-Lüleburgaz seit drei Tagen allgemein im Gange ist, hat die bulgarische Armee den Feind geschlagen und abgezungen, aus seinen besetzten Stellungen unter fürstlichem Nachdrängen der Bulgaren sich zurückziehen. Die bulgarische Armee hat die energische Ver-

folgung des Feindes aufgenommen, der in Unordnung und Panik sich auf Nakh und Tschorlu zurückzieht. Eine große Zahl Kanonen und Munition, Fahnen und andere Kriegstrophäen sind den Bulgaren in die Hände gefallen, ebenso zahlreiche Gefangene. Die bulgarischen Verluste sind verhältnismäßig unbedeutend. Nazim Pascha ist bei Lüleburgaz gefallen sein.

Wien, 31. Oktober. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Sofia: Infolge der Einnahme von Lüleburgaz durch die Bulgaren ist auch der östliche türkische Flügel im Rückzug gegen Serai und Stranja begriffen. Die westlich Zensur gewesenen türkischen Reserven, neun Divisionen, sind gegen das Zentrum der Schlachtfeldfront verschoben worden, um einem weiteren Vordringen der Bulgaren Einhalt zu tun. Die Schlachtfeldfront, die gestern Lüleburgaz-Witz Kar, ist heute Tschorlu-Serai-Stranja. — Nach dem oben mitgeteilten Bericht der „Agence Bulgare“ hätten die Türken auch diese Stellung aufgegeben. Zweifelhaft ist es, ob bei Zensur, auf der mittleren Linie zwischen Adrianopel und Dornobla, türkische Reserven standen. Der Punkt erscheint reichlich exponiert und befindet sich außerdem westlich vor der Front der türkischen Armee.

Sofia, 31. Oktober. (Agence Bulgare.) Die Dörfer Almalı bei Lüleburgaz und Marasch, im Westen von Adrianopel, sind von den Türken eingekesselt. Die gesamte christliche Bevölkerung wurde niedergemacht. Auch sämtliche Dörfer in der Gegend von Melnik haben die Türken in Brand gesteckt.

Rückzüge!

Brania, 31. Oktober. Die Türken sind in weiteren vollen Rückzüge begriffen. Die serbische erste Armee befindet sich im Vormarsch. Das Wetter ist prachtvoll, kalt und trocken, so daß die Wege wieder in besserem Zustande sind.

Athen, 31. Oktober. Amtlich wird bekanntgegeben, daß die griechischen Truppen gestern Grevena, östlich von Serfidge, widerstandslos besetzten.

Belgrad, 31. Oktober. Seit gestern abend liegen keine Nachrichten vom Kriegsschauplatz vor. Dieser Umstand wird auf die Konzentrierung der serbischen Truppen in südlicher Richtung und auf die Normendstellung zurückgeführt. Das westlich von der Linie Kumanowo-Resubica-Koprulic liegende Gebiet zu pazifizieren. Am Abend verbreitete sich das Gerücht, daß Prizrend eingenommen sei.

Kritische Lage in Konstantinopel.

Konstantinopel, 31. Oktober. Die Stimmung der hiesigen Bevölkerung ist aufs äußerste erregt. Man erwartet fieberhaft Nachrichten aus Adrianopel und über die Kämpfe bei Lüleburgaz und Wiza. Da bei dem Eintreffen ungünstiger Meldungen Ausschreitungen zu befürchten sind, haben die Vertreter der Großmächte ihre Stationschiffe angewiesen, alles zum Schutze ihrer Staatsangehörigen vorzubereiten.

Berlin, 31. Oktober. Es ist die Befürchtung entstanden, daß aus einer schweren türkischen Niederlage und einem Juridiktin der demokratisierten türkischen Truppen nach der Hauptstadt für die Fremdenbevölkerung in Konstantinopel eine gefährliche Situation erheben könnte. Ähnliche Vorgänge sind auch über die Zustände in Saloniki geküßert worden. Infolgedessen haben, wie das „Berliner Tagebl.“ aus diplomatischen Kreisen erfährt, die Großmächte miteinander Rührung genommen, und Maßnahmen erwogen, die zum Schutze der Fremden zu ergreifen seien. Es scheint beschlossen worden zu sein, auf das erste Anzeichen einer Gefahr sowohl in Konstantinopel wie auch in Saloniki von der Seeheraus her anzugreifen. Die nötigen Vorbereitungen sind offenbar bereits eingeleitet worden.

Paris, 31. Oktober. Die Panzerkreuzer „Gambetta“, „Victor Hugo“ und „Jules Ferry“ erhielten Befehl, nach Syrien zu gehen. Sie werden bereits heute abend Toulon verlassen. Der Panzerkreuzer „Bruix“, der gegenwärtig vor Samos liegt, begibt sich nach Saloniki.

Der status quo in der Verfertigung.

In einem offenbar inspirierten Leitartikel der „Königlichen Zeitung“ wird der status quo auf dem Balkan eingehend erörtert, der nunmehr nicht mehr aufrechterhalten werden könne. Die Wünsche der Sieger sollen Berücksichtigung finden und hierüber werden Ausgleichsverhandlungen stattfinden müssen. Die offiziellen Ausführungen der „Königlichen Zeitung“ stehen im Einklang mit der Rede des englischen Marineministers vom Mittwoch, in der das Ruhigstellungspulver vom status quo als wirkungslos nicht mehr erwähnt, dagegen betont wird, daß alle Regierungen ohne Ausnahme ehrlich bemüht seien, eine Formel zu finden, die den kriegsführenden Völkern Gerechtigkeit widerfahren lasse und den in Betracht kommenden Völkern von Nutzen sei.

Der Ausklang der Polenenteignungsdebatte.

Im Dreiklassenhause wurde am Donnerstag die Debatte über die Polenenteignung beendet. Man hatte eigentlich erwartet, daß das Zentrum gedämpfte Töne anschlagen werde, weil sich sowohl in Oberschlesien, wie in Rheinland-Westfalen eine innige Herzengemeinschaft zwischen dem Zentrum und den Nationalliberalen entsponnen hat. Indessen ging der Zentrumsredner, Graf Praschka,

eines besonderen preussischen Rechtsbodens offiziell anerkannt und sanktioniert wird.

Bisher hat diese Mehrheit sich wohl gehütet ein solches Preußenrecht zu reklamieren. Nach der Erklärung des Herrn v. Zedlitz ist die Kugel aus dem Lauf und wir können dem aufrichtigen Politiker für seine Feststellung nur dankbar sein.

mit der Regierung und den Potenzen ganz träftig ins Gericht. Er sprach mit der tiefen inneren Erregung des zukünftigen Majoratsherrn, dem Entgegnung immer etwas Kürzlicheres ist, und der offen ausdrückt, was sich selbst die konservativen Junker denken: Du fängst mit Polen heimlich an, bald kommen unsere Güter dran! Na, nicht steht Graf Praschna, und schließlich nicht ganz im Unrecht, den Hauptfehler der Entgegnung darin, daß sie dem „Amstutz“ die Wege bereitet. Ein solcher Vorwurf traf natürlich das zart besaitete Gemüt des Herrn von Dalkowik aufs schmerzlichste, und alsogleich erhob er sich zur Erwiderung.

In einer das ganze Problem der Polenfrage umfassenden Rede vertrat Genosse Vorchardt den Standpunkt der stärksten Partei Preußens. Er ging auch in humorvoller Weise auf die Bekenntnisse der Seydewitz und Friedberg zu dem Prinzip der Entgegnung ein, die sich diese Staatsstücken 1908 hatten entschlüpfen lassen. Allerdings konnte er betonen, daß der siegende Sozialismus nur im allgemeinen Interesse, nicht aber aus Haß gegen einzelne Persönlichkeiten oder bestimmte Personen entgegnen werde. Will einer Freirede des Wägen Riffen schloß die Debatte über die Polenentgegnung. Die Regierung und ihre Mehrheit samt den Nationalliberalen werden sie nicht auf die Gewinnseite buchen können.

Dann kamen die Petitionen der Unterbeamten zur Beratung. Genosse Liebknecht trat auch hier wieder für diese schlecht bezahlten Staatsdiener ein und wies die Verantwortung der Regierung und der großen Parteien des Hauses für die antisoziale Besoldungsordnung nach. Er rechnete auch mit dem Zentrumsabgeordneten Bartsch ab, der sich dann dadurch revanchierte, daß er allerlei Behauptungen München-Gladbacher Natur über unsere Gewerkschaften aufstellte und dann mit seinen Leuten uns durch einen Schlußantrag die Erwiderung unmöglich machte, was Ströbel sehr und deutlich annagelte; auch Pirsch und Liebknecht beleuchteten dieses seine Vorgehen nach Gebühr.

Politische Uebersicht.

Mit Kampf, für König und Vaterland!

Die Aufstellung eines konservativen Kandidaten im ersten Berliner Reichstagswahlkreis hat für die Fortschrittler wenigstens das eine Gute, daß sie nun Gelegenheit haben, ihr lokales, königtreues Herz noch einmal vor aller Welt zu enthüllen. In unüberwindlicher Weise geschieht das in einem Artikel, den die „Vossische Zeitung“ am Donnerstag veröffentlicht. Da heißt es:

Johannes Kampf hat nach Memern und Auszeichnungen nie gekriegt; er ist niemals Ordensritter gewesen. Aber Wilhelm II. hat ihm einen Orden mit der königlichen Krone verliehen und damit seine Treue besonders anerkannt. Staunen es die „Rechtsstehenden“ auch diesem Zeugnis gegenüber besser zu wissen, als der König?

Ist es nicht geradezu revolutionär, gegen einen Mann, der einen Orden hat, einen besonderen Kandidaten aufzustellen? Die Konservativen erklären in einem Flugblatt, es ist ganz gleichgültig, ob auch der letzte Berliner Wahlkreis noch von einem Sozialdemokraten vertreten werde. Muß diese Frivolität nicht das Entsetzen aller dem Kaiser treuen Untertanen erregen? Man höre die Nase des Entsetzens, die die Dantse Wof ausstößt:

Also ganz einerlei, ob Kampf oder Düwelle Abgeordneter wird, ganz einerlei, ob der Wahlkreis, in dessen Grenzen das Schloß des Kaisers und die Paläste der Prinzen und Minister liegen, dem Bürgerstum verbleibt, oder von der roten Flut verschlungen wird.

Also das Schloß des Kaisers nicht nur, auch die Paläste der Prinzen und Minister will der Fortschritt schützen, und da soll man ihm noch Widertrauen entgegenbringen?

Die „Post“, das freikonservative Parteiorgan, bringt in ihrer Nummer vom Donnerstag an der Spitze des politischen Teils folgende Erklärung:

„Wahlparole der Reichspartei in Berlin.“ In den Zeitungen wird ein Aufruf veröffentlicht, wonach im ersten Berliner Reichstagswahlkreis Herr Rechtsanwalt Ulrich von dem „Wahlkreis“ der vorerst rechtstehenden Parteien als Reichstagskandidat aufgestellt ist. Der geschäftsführende Ausschuss der Ortsgruppe Groß-Berlin der Reichspartei sieht sich demgegenüber zu der Erklärung genötigt, daß die Ortsgruppe dieser Kandidatur fernsteht. Diese Erklärung der Ortsgruppe ist selbstverständlich nicht dahin zu verstehen, daß die Freikonservativen ihrer Wahl nicht genügen sollen. Sie sind dabei allerdings in einer schwierigen Lage, denn die Stimmgabe für Sozialdemokraten oder Fortschrittler ist für die Wähler der Reichspartei unbedingt ausgeschlossen.“

„Wahlparole“ nennt die „Post“ diese Notiz! Es geht aber nur daraus hervor, daß die Reichsparteiler nicht zu den „rechtstehenden Parteien“ gezählt werden wollen, daß sie auch nicht den Fortschrittler und erst recht nicht den Sozialdemokraten wählen, selbst aufgestellt haben sie aber auch nicht, da werden die 1/4 Duzend Reichsparteiler im ersten Wahlkreis wohl für Erberger stimmen, obwohl auch das aus der famosen „Wahlparole“ nicht hervorgeht.

Das Aufklärungsbedürfnis der Junker.

Anlässlich der Verhandlungen über die Gleichnot-Interpellation im preussischen Landtage haben die Konservativen der Regierung abermals den Vorwurf gemacht, daß sie zu wenig für die Aufklärung des Volkes getan habe. Unter Aufklärung des Volkes verstehen die Junker hier eine Bearbeitung der Öffentlichkeit im Sinne der Agrarier. Auf die Frage des Ministers, wie das hätte gemacht werden sollen, konnten die Junker allerdings mit keinem Vorschlag dienen. Die „Konservative Korrespondenz“ kommt nun noch einmal auf die Sache zurück und führt an:

„Eine jede Regierung, die sich nicht auf geschlossene Parteien zu stützen vermag oder genötigt ist, muß wissen, wie sie ihre Aufklärungsbedürfnisse zu befriedigen hat. Keinesfalls aber darf sie stillschweigend dulden, daß monatelang während der parlamentarischen Zeit eine eingeschlossene Opposition prinzipieller Widerstand das Feld der öffentlichen Meinung fast allein beackert. Gelegentliche vereinzelte Rassenstrahlen im amtlichen Sprachorgan reichen angeht des ungeheuren Einflusses der modernen Presse auf die Stimmungen der Bevölkerung nicht aus, um die anwachsenden Sturmstimmungen so zu dämpfen, daß sie nicht auch regierungstreuliche Volkstheorie verurteilen, vertrauensschüttelnd, den nationalen Boden aufwühlend, die festen Zielumfänge verrückend ergreifen. Hier steht unalisch mehr und höheres auf dem Spiel, als etwa ein konservatives Parteinteresse; es handelt sich um den Kampf zwischen der Regierungsaufsicht und einer künstlichen Stimmungsmaße zugunsten einer Politik, die mit billigen Schlauport für die demokratische Unterwühlung der staatlichen Fundamente arbeitet.“

Daraus wird die Regierung freilich auch nicht klüger. Vielleicht kommt sie aber noch auf die von Herrn Dr. Dertel verzapfte Weisheit zurück, Darlegungen der Regierung durch Maueranschlag zu verbreiten. Allerdings hat man dann noch keine Garantie dafür, daß diese „Aufklärungen“ auch gelesen werden und noch weniger dafür, daß die erhoffte Wirkung erzielt wird. Schließlich wird man auch die Antworten müssen anschlagen lassen und das wäre peinlich.

Rüstungswahnwitz.

Die Tätigkeit des neugegründeten Wehrvereins fängt an, recht bebenlich zu werden. Eine ganze Anzahl ausrangierter Offiziere benutzen ihre mehr oder weniger unfreiwillige Ruhe, die sie auf Kosten der Steuerzahler genießen, dazu, im Lande herumzureisen und in Versammlungen des Wehrvereins für eine neue Militärvorlage Propaganda zu machen. Zu diesen Rüstungsreisenden gehört auch der Generalleutnant z. D. v. Wrochem, den offenbar der Ruhm seines Reichsverbandskameraden v. Liebert zu immer neuen Taten anspornt. In einer Versammlung des Wehrvereins in Mühlheim (Jahr) ließ der General eine Resolution annehmen, die dem Reichstag, dem Reichskanzler und dem Kriegsminister zugehen wird. Diese Resolution verlangt:

1. Die bei der jüngsten Wehrvorlage bewilligten 106 Maschinengewehr-Kompanien nicht allmählich in mehreren

Jahren, sondern sofort jetzt aufzustellen. Es hat in der Armee starkes Bestreben, im Falle lebhafter Anruhe bereit, daß dieses am 1. Oktober nicht geschehen ist; 2. dem Bestreben der Franzosen entsprechend die deutsche Kavallerie schon im Frieden in Divisionen zu gliedern und diese mit Infanterie mit Mätern oder Kraftwagen auszustatten; 3. den ungeheuren Vorprung, welchen Frankreich in der Friedensbewaffnung seiner sämtlichen Geschütze und Munitionswagen vor uns hat, durch eine bedeutende Erhöhung des Pferdebestandes bei unserer Kavallerie einzuholen und auch für sämtliche deutschen Geschütze schon im Frieden die Bewaffnung zu schaffen. Vor allen Dingen verlangt das deutsche Volk, zu der nötigen Mehrleistung bereit, daß zum Ausgleich des zahlenmäßigen Uebergewichts unserer unermesslichen Gegner alsbald im Deutschen Reich das Gesetz der allgemeinen Wehrpflicht zur vollen Durchführung kommt.“

Diesem Unfug muß doch mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. Was meint der Kriegsminister dazu, daß in der Armee starkes Bestreben über seine Maßnahmen vorhanden sein soll. Wie er mehr als einmal versichert, muß die Politik aus der Armee ferngehalten werden. Es ist aber unbestritten, wenn man in der Armee starkes Bestreben über ein Gesetz zum Ausdruck bringt, das der Kriegsminister vorgeschlagen und vor dem Reichstag vertreten hat. Ein Unfug ohne gleichen ist es auch, wenn der Wehrverein behauptet, das Volk sei zu der nötigen Mehrleistung bereit. Gerade jener Teil des Volkes, der dem Wehrverein nahesteht, hat es immer meisterhaft verstanden, sich zu brüden, wenn es galt, dem Vaterlande finanzielle Opfer zu bringen. Jedenfalls aber sind die Wehrvereine am allerletzten befugt, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen.

Schlußfassung der bayerischen Kammer. Beide Häuser des bayerischen Landtages wurden am Mittwoch geschlossen. Im Reichstag sprach der Kriegsminister bei Verabschiedung des Standrechtsgesetzes, das einstimmig er bloc angenommen wurde, die Hoffnung aus, daß es den ersten Bemühungen der Großmächte gelingen möge, den Frieden zu erhalten. — In der Abgeordnetenkammer äußerte in seiner Schlussrede von Orterer: Die Zeit ist ernst in der mir auseinanderzuehen. Nichts nicht alles, so sind riasurn erste, treibe Volken aufzugehen; aber das bayerische Volk und seine Vertretung blickt in treuer Hoffnung und in festem Vertrauen auf die übrigen deutschen Staaten, die Bundesregierungen und die Bundesfürsten, in deren Gut und Wehr das Wohl des deutschen Volkes zu allen Zeiten gestellt ist. Die Verwirklichung eines ehrenvollen Friedens ist für unsere Nation gewiß nicht das letzte Bemühen der Fürsten, der Völker und der Regierungen unseres großen, gemeinsamen Vaterlandes. Es verdient erwähnt zu werden, daß in den letzten Tagen noch eine erfreuliche Kundegebung des gesamten Dauer gerade in dieser Richtung erfolgt ist, die im Zusammenhang mit den Regierungserklärungen beweist, daß, wenn auch sonst Unterschiede zwischen uns bestehen, ich ausdrücklich darf, daß wir in diesem Punkt gemeinsam in Treue zum Vaterlande, treu zu des Reiches Schutz und Wehr zu jedem Opfer bereit sind. Diese letzten Sätze des Präsidenten waren eine Anspielung auf die sozialdemokratische Interpellation über den Balkankrieg. Die Sozialdemokraten waren schon bei Beginn der Rede Orterers nicht mehr im Saale, ebenso unterblieb die sonst übliche Dankagung der Minderheitsparteien für die unparteiische Geschäftsführung des Präsidenten.

Maßnahmen gegen die Fleischteuerung in Hamburg. Der Senat beabsichtigt, zur Verringerung der Fleischpreise 100 000 Mark aus Staatsmitteln bereitzustellen zum Ankauf von dänischem Rind- und Hammelfleisch, das durch Vermittlung der Schlächterinnung zum Selbstkostenpreis wieder verkauft werden soll.

Die Nationalliberalen des Landtags-Wahlkreises Kemnitz-Vennep. Solingen stellen für die Landtagswahl die Abgeordneten Friedberg, Charlottenburg und Dr. Gottschalk Solingen vor. Auf den dritten Landtagskandidaten wird die fortschrittliche Volkspartei ernennen. Bisher hatte der Abgeordnete Dr. Eichhoff-Kemnitz dieses Mandat inne.

Nationalliberale Wahlrechtsfeinde. In einer Polemik gegen Fortschrittler und Jungliberale führt die „National-liberale Reichs-Korrespondenz“ des Herrn Fuhrmann aus: „Es ist nicht richtig, wie Herr Dr. Kaufmann sagt, daß in den Reihen unserer preussischen Parteifreunde es nur eine große Anzahl wäre, die sich mit dem Gedanken der Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen nicht zu befremden vermag. Es ist vielmehr die ganze preussische National-liberale Partei. Jedem jungliberalen Betrachter, hier die heute noch vollgültigen, einstimmig geäußerten Beschlüsse des Wuppertaler Parteitages zu erschüttern, werden wir in Uebereinstimmung mit der gesamten Landtagsfraktion den schärfsten Widerstand entgegenstellen.“

Die Bagabunden.

Roman von Carl von Solitel.

125
An dem Abende, den wir zunächst schildern, war Anton, von seiner Zuhörerin geleitet, wieder in die ersten Tage seines Lebens, bis zu seiner Geburt zurückgegangen. Das er aus den Mitteilungen der Mutter Gottschalk erfahren, das erzählte er nun, ohne daran zu denken, daß heute wiederum heiliger Abend ist. Die Dunkelstunde trat ein. Die Fenster in der schmalen Wasse glänzten im Widerschein unzähliger Lichter auf grünen Säulen und Pyramiden. Anton kam in seiner Erzählung auf die Stelle, wo die gute Frau Sabu den Angewandten ihrer Tochter hatte herabdröhnen hören, wo sie den ehrlichen Kantor bei seinem Weihnachtskutschau im unteren Zimmer allein gelassen, wo sie sich in Todesangst zu ihrer Tochter hinausbegeben, — und wo sie ihn gefunden, den kleinen, kleinen Anton: das Kind der Liebe, des Grams, der Verzweiflung!

„Hörst du vierundzwanzig Jahren!“ sagte die kranke Frau.

Ein eisiger Frost ging bei diesen Worten durch Antons Glieder.

„Es ist kalt im Zimmer, soll ich Holz nachlegen?“ fragte er.

„Nein, Anton“, erwiderte sie. „Ich friere, weil mein Leben langsam erlischt; der warme Ofen kann mir nicht helfen. Lassen Sie mich frieren und sterben. Aber gehen Sie, suchen Sie die Kammerlein. Ich habe Ihnen Abschied und Wein hinterlassen, und eine kleine Gabe von uns zum Christfest. Sie haben mir den ganzen Tag geschweigt; verderben Sie sich nicht auch den heutigen Abend mit mir. Schreiben Sie Briefen, lesen Sie; unterhalten Sie sich, wie es Ihnen Geistes angeht. Ich bin ich nicht mehr, aber ich bin ich. — Wemgenügend meine Bitten Teil daran gehabt, Sie in diese geringe Umgehung zu verlocken. Glauben Sie mir“, lieber Anton, ich hätte das nicht getan, wenn ich nicht wüßte, daß es nicht lange dauern würde. Mein Tod ist nahe, der alte Dreher kann ohne mich nicht weiter. Es geht zu Ende mit diesem Leben — und mit diesem Puppenpiel, die sich beide sehr ähnlich. Daß ich Sie an mich zu denken suchte, geschah nicht allein aus Eigennutz, der von Ihrem Angange Trost, letzte Lebensstunde hoffte und empfing. Es geschah nicht allein für mich — es geschah auch für Sie, für Ihre Zukunft, für Ihre Glück, für Ihre Seele Frieden! Das

lingt Ihnen jetzt noch wie Fajellen einer Fiebertraum? — mag sein! Wenn mein Auge geschlossen, wenn dieser Mund stumm ist, wird Ihnen deutlich werden, was heute Wahnsinn ist. Mein guter Anton, Sie schreiben nicht allein Memoiren; die kranke Frau schreibt auch Briefe, ja, lassen Sie nur. Diese Briefe sind Ihr Erbteil von mir sein. Und Sie werden, wenn Sie darin blättern, mehr wie einmal ausrufen: Nun ist mir's doch lieb, daß ich der Armen den Abend ihres düsteren Lebens freundlich erleuchtet habe. — Gute Nacht, lieber Anton.“

Vierundzwanzigstes Kapitel.

Der Aufenthalt in E. ging mit den Weihnachtsfesttagen zu Ende. Anton dachte sehr gleichgültig eine Stadt, in der Hedwig längst nicht mehr weilte.

Sie schlugen ihr Theater jetzt ab, zehnjährig in verschiedenen kleineren Orten auf. Der alte Herr nahm zusehends ab; es war, als ob mit dem täglichen Erlöschen von seiner Frau Lebenskräfte auch die seinigen dahinschwänden. Er ließ Anton fürwahr mehr gewahren; bald lenkte dieser die Fäden des ganzen Puppenpiels, sprach die meisten entscheidenden Rollen, — nur seinen Kaiser lieh sich der große Meister nicht nehmen, und diesen hätte auch Anton ihm freilich zu machen nimmer gewagt. Aber wie außer der neue Junggenosse sich zeigte, wie ungeschicklich seine Kenntnis des menschlichen und geistigen Apparats in wenig Stunden geworden, dennoch gab es zwischen ihm und dem Lehrherrn häufig Streitigkeiten, sobald der Lehrling den Meister weichen, Änderungen machen oder Neuerungen einschleusen wollte. Ihm war unter anderem auch die Regierung der Anschlagzeit anvertraut, die er natürlich auf Grund der alten, schon vorhandenen, druckte ließ. Auf einem derartigen Abend fand im Personenzugehörnis ein Brief auf, der, mit der Bezeichnung: „Karl, Obertramane in Rom!“ Diese Zusammenstellung dreier höchst getrennter Anzeigen in eine letzten dem Schüler des hochwürdigen Pastors von Liebenau dem Herr Gott zu sein. Als er sich Einwendungen dagegen erlaubte, wurde Herr Dreher sehr ungehalten: „So hat es bei meinem Vater geheißen“, rief er zornig aus, „und ich bin nicht weniger alt geworden, nur nicht von meinem Lehrherrn korrigieren zu lassen!“

Der gleichen Zwischigkeiten, die jenes dem weibliche Vermittlung ausgeglichen wurden, abgerechnet, ging alles friedlich und still seinen Weg fort. Die kranke Frau, wie sie den Tag zu Tag an demselben Ort und derselben Verort, gewann ebenso von Tag zu Tag in Antons Meinung und Aufmerksamkeiten. Je ge-

nauer und vertrauter sein Verkehr mit ihr wurde, desto auf richtiger lernte er ihr Gemüt, ihren Verstand, ihr Wissen verstehen. Lieh freilich wäre es ihm gewesen, hätte sie sich offener gegen ihn erwiesen, hätte sie ihm, der ja doch sein ganzes Leben ehrlich und rüchsiglos vor ihr enisaltete, auch bisweilen einen Blick in ihre Vergangenheit gönnen wollen, eine Vergangenheit, die gewiß höchst interessant und von bedeutenden Erlebnissen, Erfahrungen, Schicksalen voll war. Doch darin blieb sie unerbittlich; sie wies jeder Mitteilung darüber aus und verwies den Fragenden stets auf ihren baldigen Tod. „Dann“, pflegte sie zu sagen, „wenn ich auf der Bahre liege, wird mein Leben klar vor Antons Blicken liegen; eher nicht, lieber, junger Freund! Sie sollen mir gut sein und bleiben, so lange ich noch atme. Wer weiß, ob dies der Fall wäre, wenn Sie mein Dasein genau durchschauten! Gönnen Sie der Kranken den Schleier, der ihre traurigen Geheimnisse birgt. Bin ich erst von der Post meines gedrehten Leides, bin ich tot, so werden Sie, das weiß ich, das hoffe ich, mir und meinem Andenken eine Krone des Mitgeföhls widmen, und diese Krone wird jene schwarzen Fleden verschönen, die meine Schriftzüge enthüllen sollen. Bis dahin halten Sie mich für eine Verdammniswürdige, die viel geschickt hat, die schwer dösen mußte, die Ihnen aber treu, mütterlich, augetan bleibt bis zum Grabe und über's Grab!“

Darauf ließ sich nichts mehr sagen; sowohl Bitten als Forderungen mußten da verstummen. Anton begnügte sich, seiner lebenslänglichen Freundin die Versicherung zu wiederholen, daß er um jeden von ihr gestellten Preis niemals etwas Näheres von ihrer Vergangenheit erfahren möge.

„O dennoch“, dennoch!“ rief sie aus. „Sollten Sie Ihre Jugend in den Lorcheten verderben, denen Sie jetzt obliegen? Das wäre ja fürchterlich für Sie und noch fürchterlicher für mich, die den größten Teil der Schuld trägt, daß Sie bei uns bleiben. Nein, Anton, Ihnen winkt eine bessere Zukunft. Wie ich Sie kennen und erkennen gelernt, sind Sie der Mann, sich Bahn zu brechen, wozin ich Ihnen durch meine Handchrift den Weg zeigen darf. Es soll mein Testament sein!“

„Mein Testament“, äußerte Anton sehr leinlaut, „habe ich kein Glück, wie Sie wissen. Wüßten Sie lange Leben!“

„Leben“, — flüsterte die kranke Frau. „Ja, leben! Wenn man liebt? Kennen Sie das Leben, was ich führe?“

Darauf blieb er die Antwort schuldig. Und er begab sich hinter die Bühne, sie setzte sich an der

(Fortsetzung folgt.)

Kanonen und Professoren. Wie die „Perf. Neuzeit“ Nachrichten mitteilen, hat sich der bekannte Volkswirtschaftslehrer Professor Wagner in einer Vorlesung über die Bedeutung von nationalökonomischen Lehren über die Wichtigkeit ihrer Vermehrung geäußert. Dabei führte er aus, daß die e Verneinung aus pekuniären Gründen nicht möglich sei und sagte wörtlich: „Aber, obwohl ich Nationalökonom bin, muß ich doch sagen: „Lieber, wenn notwendig mehr Kanoniker als mehr Professoren.“

Trotz unserer Klügelsteinstöße sind wir beinahe geneigt, Herrn Professor Wagner zuzustimmen. Das Versetzen ist ja schon recht alt, in dem die verhängnisvolle Wirkung einer allzu großen Zahl von Professoren auf Sicherheit und Bestand des Vaterlandes festgestellt wird und damals, als es entstand, waren die Professoren vom Schlage Adolfs Wagners sogar noch verhältnismäßig selten.

Arriet Erbkaufler über die Kölner Erzbischofswahl. Wie und aus Köln berichtet wird, hatten sich bei der Erzbischofswahl zunächst sämtliche abgegebenen 14 Stimmen auf den gegenwärtigen Kölner Weihbischof Dr. Müller vereinigt, der sich selber der Stimme enthielt. Dr. Müller lehnte dann die auf ihn gefallene Wahl ab und nun wählt man den münsterischen Bischof Dr. Felix v. Hartmann.

Doch interessant ist in diesem Zusammenhang, daß das Straßburger Zentrumblatt „Der Gläuffer“ den Weihbischof Dr. Müller als gewählt verkündet hat und sogar dessen Bildnis brachte. Dr. Müller soll die Wahl deshalb abgelehnt haben, weil er nicht auf seine Bestätigung rechnen durfte. Der Kölner Kompromiß Dr. Verlage hat nämlich schon früher die Neuherausgabe, daß er in Berlin dafür sorgen werde, daß keiner von den Kölner Kirchenoberen bestätigt werde. Es wird auch jetzt bekannt, daß im vorigen Jahre, als Dr. v. Hartmann zum Bischof von Münster gewählt wurde, zwei Zentrumskandidaten im Kultusministerium gewesen sind, um Dr. Hartmanns Bestätigung zu verhindern, da Hartmann bekanntlich ein Gegner der Bismarck-Richtung im Zentrum ist.

Die Kandidatenausscheidung für die Reichswahl in ...
Kammino ist nunmehr erfolgt. Nachdem die Konfessionen in Kreise ihres verstorbenen Führers v. Normann den Gutsbesitzer v. Henning zum Kandidaten proklamieren haben, stellen jetzt die Nationalliberalen den Hauptmann a. D. v. Puttkamer auf, der schon bei früheren Wahlen nationalliberaler Kandidat gewesen ist.

Im Wahlkreis Teltow-Beetzow, der infolge des Ablebens des konservativen Abgeordneten Reichert verwaist ist, präferieren die Fortschrittler als Kandidaten bei der Erstwahl den Herrern a. D. Friedrich Laumann. Bei der letzten Wahl erhielt der fortgeschrittliche Kandidat 483 Stimmen, der Sozialist 402 und der Konservative 818 Stimmen.

Ausland.

Der Krieg auf dem Balkan.

Die gesamte Wiener Presse gibt ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß der große Sieg der Bulgaren nun wohl den Mächten die gewünschte Gelegenheit zu der so oft ventilierten Vermittlung geben wird, um so mehr, als sich auf türkischer Seite wie eine offizielle Konstantinopeler Meldung besagt, Neigung zu einem raschen Friedensschluß bemerkbar macht.

Wie die „Neue Freie Presse“ aus Kreisen der Balkan-Diplomatie erzählt, haben die vier verbündeten Balkanstaaten nicht um Abbruch, auf einen Waffenstillstand einzugehen, sondern nur in direkte Friedensverhandlungen mit der Türkei selbst einzutreten. Wie das Blatt weiter aus Sofia meldet, beabsichtigt die bulgarische Regierung direkt auf Konstantinopel zu marschieren.

Die erste offizielle Neußerung über die Möglichkeit einer friedlichen Verständigung mit Serbien liegt im „Wiener Fremdenblatt“ vor und wird mit allgemeiner Befriedigung aufgenommen. Der Artikel registriert die freundliche Stimmung, die aus der lebhaften Presse und aus Neußerungen bekannter Staatsmänner hervorgeht und erklärt sich bereit, den Serben dasjelbe Wohlwollen zuzuwenden, wie den übrigen Balkanstaaten. Mehr kann von der heiligen Diplomatie im Augenblick nicht verlangt werden. Die Voraussetzung für die friedliche Lösung bleibt jedenfalls die direkte Verständigung zwischen Wien und Petersburg.

Laut einer Zeitungsmeldung beabsichtigt die serbische Regierung in Nestub eine Skrupelkur einzuberufen, die die Annexion der bisher von den Serben eroberten Gebiete dekretieren soll.

Fremdenfeindliche Kundgebungen in Ägypten.

In Kairo kam es in dem mohammedanischen Viertel Bulak zu fremdenfeindlichen ersten Kundgebungen. Ein arabischer Schrei drang in die griechische, neben dem deutschen Konsulat liegende Kirche ein und hielt dort verheerende christenfeindliche Anreden. Bald sammelten sich 10.000 Araber an. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei, infolgedessen viele Verhaftungen vorgenommen wurden. Drei Polizisten wurden verletzt; schließlich trat die Feuerweh in Aktion. Trotzdem dauern die Unruhen an und jetzt fort. Die Menge bewirft die Europäer mit Steinen; auch der Wagen des Deutschen Botschafters und der Konsulatsbeamten wurden mit Steinen beworfen. Das Konsulat verschloß auf einer Seite des Gebäudes alle Fenster mit eisernen Räden.

Das Friedensmanifest des italienischen Parteivorstandes.

Der Vorstand der sozialistischen Partei hat nach Bekanntwerden des Friedensschlusses zwischen Italien und der Türkei das folgende Manifest veröffentlicht:

„Arbeiter, Parteigenossen!
Mit jubelnder Begeisterung nehmen wir die Nachricht des Friedens auf, um all der Besorgnis willen, die von italienischen Mächtern genommen wird, und wegen der Wiederherstellung der Kulturwerte. Lie der Krieg so lange und in so furchtbarer Weise verwickelt hat. Gegen den Krieg und gegen alle, die für ihn verantwortlich sind, erheben wir noch einmal seinen Protest, den vor einem Jahre in einer unsehligen Stunde moralischer und politischer Verwirrung einig und allein die sozialistische Partei zu erheben wagte, wie sie allein die Enttäuschungen, den Schaden und die Beeinträchtigung vorausah, die das Kolonialunternehmen der Nation bringen mußte.

Was damals unsere Partei vorausah, ist während des Krieges erbarmungslos Wirklichkeit geworden und vernichtet sich jetzt noch einmal in den Friedensbedingungen.

Die italienische Regierung hat von der Türkei nicht die ausdrückliche und vollständige Anerkennung ihrer Eroberung erlangen können und kann nicht einmal darauf rechnen, durch den Friedensschluß dem Kriege in Syrien ein Ende zu setzen. Zur Erreichung der Herrschaft über den unsehligen und unfruchtbaren afrikanischen Boden hat das Blut der italienischen Jugend, das in 13 Monate lang gebadet hat, nicht genügt, wie der Aufwand von Hunderten von Millionen nicht genügt hat: unter

verschiedenen Vorwänden wird Italien noch weitere Millionen ausgeben müssen für eine Kolonie, die jetzt selbst ihren größten Verherrlichern als eine recht kümmerliche Beute erscheint. So zeigt die italienische Monarchie auch den Blinden, welche Früchte ihre Auslandspolitik trägt, die dem rechtmäßigen Einfluß der Interessen und Gefühle des Volkes entgegen ist, um der Unfähigkeit der Hofeliquen ausgeliefert zu werden.

Und doch konnte die italienische Regierung in Duzch nicht mehr erlangen, was beweist, daß die Bevölkerung in unvollständiger Weise genarrt worden ist von denen, die ihr ein Jahr hindurch systematisch die Schwierigkeiten mit dem Aufwand an Gut und Blut verschwiegen und mit Protesten und verbrecherischen Uebertreibungen die Triumphe und Eroberungen des Krieges verherrlicht haben.

Und nachdem die italienische Regierung dazu beigetragen hat, die Schrecken und Verwüstungen eines neuen Krieges im Balkan heraufzubeschwören, muß sie den von ihr irreführenden Kämpfenden den Rücken kehren und das Land unter der schweren Last der europäischen Komplikationen lassen.

Um solches Ergebnis zu erzielen, beweinen Tausende italienischer Mütter ihre Söhne, die in den sibirischen Friedhöfen Ohyhens verstorben sind, Tausende junger Leute in den Hospitälern oder ihren verkrüppelt und verblümmelt auf den Straßen Italiens als anklagende Zeugen des verbrecherischen Wahnsinns des Krieges.

Arbeiter! In dieser Stunde ruft die sozialistische Partei Euch ins Gedächtnis, daß der Kolonialkrieg, der von einer Allianz der Hochfinanz mit abgefeimter Schlaueit vorbereitet wurde, die ganze Bourgeoisie Italiens, von der Aristokratie bis zur demokratischen, zum eifrigen Verfechter hat, angeführt von dem Wahnsinn der Nationalisten. Wir fordern, daß die, die den unheilvollen Krieg wollten, nunmehr seine Folgen tragen. Die Arbeiter, die der fremden Tyrannei schon allzusehr Tribut an Opfern und Blut gebracht haben, mögen sich schon heute rufen, um bei dem nächsten Wahlkampf mit denen abzurechnen, die für die Schrecken des Krieges verantwortlich sind. Zu dieser heiligen Pflicht der Abrechnung ruft die sozialistische Partei, treu den Idealen der proletarischen Internationale, die Arbeiterklasse Italiens auf.

Der Vorstand der sozialistischen Partei Italiens.“

Was über den Frieden entäußerte Gottesstreiter. In einem Lärchen im Piemont in Montenegro feierte dieser Tage ein Teil der Bürger die Rückkehr einiger Soldaten vom Kriegeschauplatz mit einem Festessen, an dem auch der Ortsparoch teilnahm. Der geistliche Herr ließ bei dieser Gelegenheit eine Festsprache vom Stavel, in der er seine größte Mißbilligung über den Frieden aussprach. Er hätte die Hoffnung gehabt, daß Italien nach Tripolis gegangen sei, um für die Religion Christi zu streiten. Statt dessen schloß man heute Frieden und lasse die Religion Mohammeds weiter bestehen, deren Ausrottung alle Christen wünschen müßten. — Man mag nicht leugnen, daß der wackere Gottesstreiter mittelalterliche Dinge unter mittelalterlichen Gesichtspunkten zu betrachten und zu würdigen versteht.

Hungarn.

Zum ungarischen Parlamentskonflikt.

Auch am Donnerstag fand das Parlament unter militärischer Bewachung. So kam es zu keinem Zwischenfall, da die Opposition es unterließ, den Eintritt zu erzwingen. Die Sitzung selbst war ganz kurz. Der Antrag auf endgültige Revision der P. u. s. o. r. n. u. g. wurde angenommen und die bereits erwähnte Vorlage über die Schaffung einer Parlamentswache eingereicht. Die Opposition beschloß, das Schwergewicht des weiteren Kampfes gegen die Regierung in die am 5. November beginnende Tagung der Delegation zu verlegen.

Unliebsames Aufsehen erregt der Abschiedsbescheid des Agrarministers Komaromán, General der Infanterie Raimund Werba. In dem Schreiben betont der General, daß die Postfahren des Korps durch Jahrhunderte getreu Vaterland und Glauben gegen den Halbmond verteidigt. „Weden in erster Stunde Eurer tapferer Postfahren, zeigt Euch diesen würdigen. Möge Eure Fahne Euch stets zum Siege führen!“

Man ist im kompetenten Kreise über die polnisch-prononcierte Kundgebung des Generals, der selbst Serbo-Sroat ist, sehr unangehalten, glaubt jedoch, daß die Affäre keine Weiterungen nach sich ziehen wird, da Werba nun in den Ruhestand getreten ist.

Rußland.

rote Wahlen.

Man schreibt uns aus Petersburg:
Die Wahlmacher der russischen Regierung haben es sich sicherlich nicht träumen lassen, daß ihre schmählichen Wahlfälschungen und willkürlichen Wahlbeschränkungen eine neue lebhafteste Bewegung unter den russischen Arbeitern auslösen würden. Dies ist aber hier in der Hauptstadt in der Tat eingetreten, und zwar unmittelbar nachdem die Regierung den größten Teil der Petersburg Arbeiter ihres Wahlrechts berauben wollte. Dieser Versuch ist durch den einmütigen Protest des Petersburger Proletariats sofort zurückgeschlagen worden; den „Kassieren“ vertrieben ist ihr Wahlrecht wieder zurückgegeben, und die Neuwahlen der Bevollmächtigten sind unter weit größerem Andrang wieder vorgenommen worden. Aber die einmal begonnene Protestbewegung ist über das anfangs gestaute Ziel hinausgegangen und hat die Massen — auch die bisher gleichgültigen — nicht nur gegen das Wahlgesetz des Staatsreiches mobil gemacht, sie hat auch den aufgespeicherten Groll der Massen gegen die Verfolgungen der Arbeiterorganisationen, gegen die arbeitserfindliche Gesetzgebung der Herrenuma usw. zum Ausdruck gebracht. In allen Revolutionen, in allen Kundgebungen, die sich an den Protest der Petersburg Arbeiter knüpfen, klingt neben der Forderung eines freien Wahlrechts der laute Protest gegen die Unterbindung aller freien Regungen der Arbeiterklasse durch.

Nach den gewaltigen Massenstreiks aus Anlaß der Denamsterei und der grandiosen Matzeier ist es in diesem Jahr schon das dritte Mal, daß die Petersburg Arbeiter in einen spontanen Proteststreik eingetreten sind. Es war keine Kundgebung, die von einer Zentrale beschlossen, an einem Tage durchgeführt wurde. Die Initiative ergingen, wie schon schon oft in der revolutionären Arbeiterbewegung Petersburgs, die Putilow-Werke mit ihren 14.000 Arbeitern, ihnen schlossen sich mit jedem Tage immer neue Betriebe an, bis der Streikstreik, von einem Stadtteil auf den anderen überpringend, den größten Teil der Petersburg Arbeiter besaß.

Die Streikwoche vom 18.—24. wird der Petersburg Bevölkerung noch lange unergesslich bleiben. Während die Leuchten des Liberalismus, die Herren Putilow, Schingarew, Rodikow usw., von den Sozialdemokraten durch um ihre Mandate bedroht, mit den unanständigen Mitteln um die Günst der Wähler bufften und ihren Teil lieferten für die fragefreiwillige Hadohille Agitation in der Petersburg Arbeiterbewegung, demonstrierten in der Arbeiterklasse die Arbeiter für politische Freiheit, für Frieden und Recht. Dabei von allen Seiten von Polizei und Militär bedroht, veranstalteten die Arbeiter in den Fabrikschiffen oder vor den Fabrikschiffen die allseitigsten Meetings, deren Teilnehmer nach Schluß der Versammlung mit

revolutionären Liedern, oft mit roten Fahnen den Zugang zu inneren Stadt zu erzwingen suchten. Die tapfersten Wecklings fanden statt; am 18. und am 19. auf den Putilow-Werken, am 21. auf der Newawerft (6500 Teilnehmer), auf der Fabrik von Lestner usw. Von den Demonstrationen seien genannt: die Demonstration von 2000 Putilow-Arbeitern am 18.; der Zug von 3500 Manifestanten längs dem Schiffsbürger Weipelt, an dem sich die Arbeiter der Newawerft und der Fabrik von Pahl beteiligten; ferner eine ganze Reihe von Manifestationen am 23., die zu gleicher Zeit in verschiedenen Fabrikschiffen stattfanden und insgesamt circa 15.000 Teilnehmer zählten. Hervorgehoben sei, daß sich an den Streiks wie an den Manifestationen in großer Anzahl auch Frauen beteiligten. So bildeten unter den Demonstranten die am 23. von der Garnfabrik Nowka mit einer roten Fahne und revolutionären Liedern die Gellingforscher Straße herauszogen, die Frauen die Mehrheit, und auch auf der Baumwollfabrik von Sud, von wo 600 Streikende am 24. mit revolutionären Liedern auf die Straße zogen, bildeten die Arbeiterinnen die Übergröße Mehrheit der Manifestanten.

Man könnte die angeführten Beispiele noch um zahlreiche andere vermehren, aber schon aus dem angegebenen geht deutlich hervor, welche frische Kampfeslust in den Petersburg Arbeitern lebendig ist. Wenn es noch eines Anstoßes bedürft hat, um den breiten Schichten der Petersburg Arbeiter die letzten Reste des politischen Abenteurismus und eines überhandnehmenden Revolutionarismus auszutreiben, so haben die infamen Gewalttätigkeiten der Regierung dieses Werk vollbracht. Und wenn die Soldatstreifer der Regierung nun über die ersten Manifestationen der Arbeiter zernern, so können diese ihnen erwidern: „Du hast es gewollt, George Landin!“

Am Mittwoch wurden die Reichsbunamwahlen zweiten Grades in sämtlichen Gouvernements des europäischen Russlands beendet. Es wurden 5012 Wahlmänner gewählt, davon 2443 Nationalisten, 189 gemäßigt Rechte, 247 russische Nationalisten, 69 unabhängige Nationalisten, 608 Okzobristen und Progreßisten, 424 Kadetten und 348 Wilde. Die anderen politischen Gruppen sind nur schwach vertreten. Die Vertreter jeder dieser Gruppen stellen höchstens 1 Prozent der Gesamtzahl der Wahlmänner dar. Die Rechte erzielte die Majorität in 20 Gouvernements, die Nationalisten und die Oppositionellen hatten in je 8 Gouvernements ihre Majorität. In 16 Gouvernements hängt der Ausgang der Wahl von den Okzobristen ab. In Sibirien, sowie im Kaukasus und in Polen gehört die Majorität, wie früher, den Oppositionsparteien.

Parteiangelegenheiten.

Demonstrationen gegen den Krieg. Eine vom schönsten Wetter begünstigte gewaltige und erhebende Demonstration gegen den Krieg veranstaltete Donnerstag nachmittag (am Reformationsstag) die Dre e d e n e r Arbeiter auf einem freien Platz in der Altstadt. Die Menge, die von allen Seiten herbeigeströmt war, dürfte weit über 65.000 Menschen betragen haben. Von fünf Tribünen herab sprachen Hillebrand und Blödel-Bien, die Reichstagsabgeordneten Stadthagen, Scheldemann, Burm, Gradnauer, die Landtagsabgeordneten Fleißner, Klem, Frickdorf und Witz. Ihre Reden wurden mit starkem Beifall aufgenommen. Eine entsprechende Resolution fand uneingeschränkte Zustimmung. Mit einem doch auf die internationale Sozialdemokratie wurde die Demonstration auf dem Platz beendet. In loien Zügen gestreute sich die Menge. Die Polizei, die die Veranstaltung genehmigt hatte, verhielt sich zurückhaltend. Zwischenfälle sind nicht zu verzeichnen.

Ein Parteijubiläum. Ein unter russischen Verhältnissen seltenes Jubiläum hat vor kurzem der Allgemeine sibirische Arbeiterbund in Vitauen, Polen und Rußland (Fund) gefeiert. Am 10. Oktober waren es 15 Jahre, seit die Vertreter der sibirischen Arbeiterorganisationen ihren ersten Parteitag abhielten und den „Bund“ gründeten, der nun auf eine ununterbrochene 15 jährige Tätigkeit zurückblicken kann. Die Massenbewegung des sibirischen Proletariats ist unermessbar vertriebt mit der Existenz des Bundes, der die Fahne der Sozialdemokratie durch alle Leiden und Wirrnisse der ärgsten Reaktionszeit hindurch gerettet hat. Das Informationsblatt der „Auslandsorganisation“ des Bundes schreibt hierzu: „Das Leben stellt neue Aufgaben vor uns. Wir verwandeln uns immer mehr in eine wirkliche politische Partei. Es war nicht leicht, sich den neuen Verhältnissen anzupassen. Noch heute ist diese Anpassung nicht vollendet. Zu schwer und zu widerspruchsvoll sind die Verhältnisse, die die kompliziertesten Aufgaben vor uns aufrollen und keinen Spielraum zu ihrer Lösung geben. Laufende Hindernisse stehen vor uns. Wir sind aber doch auf den neuen Weg getreten. Schritt um Schritt gehen wir vorwärts, und wieder fühlen wir festen Boden unter den Füßen...“

Man sagt, die meisten Keffenraucher sind „Juno“ Cigaretten-Raucher.
Fürwahr, ein Wunder nicht zu nennen.
Lernt man der „Juno“ Zauber kennen.
10 Stück 20 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Höcker. — Redaktion und Druckerei: Franz Höcker, — Verlag der „Weltanschauung“, G. m. b. H. — Druck von H. W. G. G. m. b. H. — Druck in Berlin, — Druck 2. Auflage.

Beleg! Besorgt bei Euren Einkäufen unsere in ...
Quellen-Verzeichnisse

Heraus zur Wahlarbeit!

Sonntag vormittag 8 Uhr in allen Teilen der Stadt.

Alle Mann müssen zur Stelle sein, wenn am 13. November der Sieg sich an unsere Fahne heften soll.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 1. November.

Stadtverordnetenversammlung.

Eine wirksamere Illustration zu den Flugblättern über Stadtverordnetenwahlen, als der Verlauf der gestrigen Sitzung läßt sich kaum denken. Bekanntlich wissen unsere Gegner im Kampfe gegen die Sozialdemokratie in der Regel nichts weiter anzuführen, als die Beschuldigung, wir seien nur negativ, unfähig zu praktischer Arbeit, beherbe, nur das engherzige Parteinteresse vor nicht das Allgemeinwohl zu wahren. Der Zufall fügte es, daß die Besprechungen in einer einzigen Sitzung vom gestrigen Donnerstag an einer ganzen Kette von Vorlagen glänzend widerlegt wurden. Es handelte sich dabei um keine welterschütternden Sachen, aber die praktische Kleinarbeit unserer Fraktion wurde dadurch nur um so wirksamer bewiesen. Als Herr Peuder, der konservative Vorkämpfer, die Gründe für ein kommunales Pfandbüchereif-Institut in seiner chevaleresken Art vertreten hatte, griff Genosse Wiener in die Debatte ein und formulierte die Peuder'sche Forderung so um, daß aus diesem Hilfsinstitut für Arztpersonal eine Anstalt nicht nur zu Gunsten der Hausbesitzer, sondern auch der Mieter wurde, indem mit höherer Beleihung besonders hygienisch einwandfreie Wohnungen für kleine Leute, Arbeiter und Beamte bedacht werden sollen. Herr Peuder mußte die praktische Haltung unseres Redners anerkennen und hob seine Bereitwilligkeit zu positiver Arbeit gegenüber freisinnigen Kritikern rühmend hervor. Bei der Straßensachhabatle gelang es Genossen Schütz, durch Anträge und sachgemäße Begründung die Mehrheit der Versammlung für einen modernen Wagentyp zu gewinnen, dessen Vorzüge die technischen Kenntnisse unseres Redners zu beweisen vermochte. Wesentlichen Einfluß übte auch das Eingreifen des Genossen Wiener in einem Miet-Vertrage über das Schulgebäude für die katholische Mittelschule in der Paradiesstraße aus. Das vollkommen unzulängliche Haus sollte auf zehn Jahre gepachtet werden, und wenn es als Mittelschulgebäude nicht mehr taugt, als Volksschulhaus gebraucht werden. Genosse Wiener wehrte sich energisch dagegen, und seine Schilderung der Mißere dieser Schule führte nicht nur zur Ablehnung des Magistratsantrages mit allen gegen 2 Stimmen, sondern hat dem baldigen Neubau einer Schule sicher gute Dienste geleistet. Am Schluß der Sitzung gelang es auch noch einem Eingreifen des Genossen Löbe, die ganz merkwürdigen hohen Forderungen des Rittergutsbesizers v. Nährich auf Puschkowa zurückzuweisen. Die der Herr für zukünftiges Eisenbahngelände an der Springerstraße verlangt. Die Stadt wird das Geld nicht hinauswerfen, sondern den auf seinen Beutel bedachten Mann enteignen, wenn er sich den normalen Preisen nicht fügt. Schließlich bewies die Sozialdemokratie ihre strenge Sachlichkeit noch dadurch, daß sie unbeschadet aller politischen Gegensätze, die sie von dem verabschiedeten Bürgermeister trennten, doch ihre Zustimmung zu einer Vorlage gab, die den Namen des erfolgreichen Mannes in einer Stiftung der Stadt dauernd erhalten will. Die 50.000 Mark, die dazu verwendet werden, nimmt Herr Peuder natürlich nicht für sich in Anspruch, sondern wird sie einem gemeinnützigen Zweck, wahrscheinlich dem Schmuck und der Verschönerung der Stadt, zuwenden.

Wie hilft sich nun das ehrliche Zentrumblatt über diese praktische Tätigkeit der roten hinweg? O sehr einfach. Von den vier angeführten Punkten erwähnt sie bei dreien das Eingreifen der Sozialdemokraten überhaupt nicht, läßt Namen und Parteistellung weg, und zu Nummer 1 findet sie folgenden Satz:

„Der Genosse“ Wiener, der fast unverständlich war, stellte einen neuen Antrag, der weit über den des Stadtverordneten Dr. Peuder hinausging.“

Das ist alles über eine vom ganzen Hause aufmerksam angehörte Rede, die zu verstehen die „Schlechte Volkszeitung“ vielleicht zu beschränkt war, die aber von dem eigenen Fraktionsgenossen Peuder anerkennend erwähnt wurde. So ehrlich ist das Blatt für Wahrheit, Freiheit und Recht gewöhnlich, und deshalb wissen die Zentrumsnikläufer nichts von sozialdemokratischer Arbeit.

Wie erwartet, kam die Theatervorlage nicht zur Beratung. Es wird vielleicht am nächsten Donnerstags besprochen. Um Mißverständnissen vorzubeugen, möchten wir aber heute schon hervorheben, daß die sozialdemokratische Fraktion dem liberalen Führer selbstverständlich keinerlei Auftrag gegeben hat, beim Oberbürgermeister eine Erklärung abzugeben. So sicher die sozialdemokratische Fraktion jede Gelegenheit benutzen wird, die Intendanz zu verwickeln, so wenig ist sie gewohnt, über Vorlagen abzuwarten, die noch garnicht da sind. Sie hat sich in der ganzen Angelegenheit von der persönlichen Betrachtungsweise der Frage ferngehalten, und wird sich auch für die Zukunft in eine solche Stellung für oder gegen die Person des Pächters nicht mit hineinbegeben lassen. Diese Art hat dem Ansehen der Stadt gerade schon genug geschadet.

Errichtung eines Pfandbriefamts.

Der konservative Stadtv. Dr. Peuder beantragt, ein städtisches Pfandbriefamt zu errichten, mit dem Zweck, gegen ersichtliche hypothekarische Sicherheit auf bebauten Grundstücken im Stadtbezirk Breslau Darlehen zu gewähren.

Verichterstatler Stadtv. Peuder: Die Beschaffung von Hypotheken fällt den Hausbesitzern immer schwerer. Es entspricht nun dem Interesse an dem Bau guter Wohnungen, daß wir dem Antrage folgen; aber auch ein finanzielles Interesse liegt vor, den Hausbesitzern zu helfen. Eine Privatankalt ist da nicht empfehlenswert. Hinzu kommt, daß die gemeindlichen Sparkassen in Zukunft nicht mehr so viel Hypotheken aufnehmen können. Auch manche Gesellschaften lehnen es ab, besonders in Breslau, ihr Geld in Hypotheken anzulegen. Die Hypothekendarlehen erreichen oft auch ihren Zweck nicht. Deshalb müssen wir eine Pfandbrief-Anstalt haben, wo der Grundbesitz jederzeit billige Hypotheken erhalten soll. Wenn im Inneren von Breslau besonders die Hypotheken niedriger stehen, so ist das gewiß auf die dortige Pfandbrief-Anstalt zurückzuführen. Es wird für Eigenheim und kleine Bauten geschwämmt. Haben wir eine Pfandbrief-Anstalt, so wird alles das sehr bedeutend gefördert. Die Pfandbrief-Anstalt wird in den Händen der Gemeinde sein, die die Sicherheit übernimmt. Es sollen nur erstklassige Hypotheken gegeben werden. Auch für bebauten Grundstücke soll die Pfandbrief-Anstalt eingreifen können, wodurch das gewerbliche Leben die nötige Unterstützung und Förderung erhält. Ich verlange ferner die Mindestsicherheit für die Hypotheken. Wir müssen eine Organisation für den Grundbesitz in der geplanten Weise schaffen, wobei wir eine Gefahr nicht eingehen. Ich halte es als wichtig, daß wir uns schon heute grundsätzlich für eine Pfandbrief-Anstalt entscheiden; im übrigen bitte ich, den Antrag den Ausschüssen I und II zu überweisen.

Stadtv. Wischhof (lib.): Ich halte es auch als dringend nötig, daß im Interesse der viel Steuer zahlenden Grundbesitzer eine städtische Pfandbrief-Anstalt geschaffen wird. Ich bitte den Antrag Peuder den Ausschüssen I und II zu überweisen.

Stadtv. Brinke (lib.): Ich kann Sie auch nur herzlich bitten, dem Antrage Peuder zuzustimmen. Die Lage des Grundbesitzes ist so, daß er unterstützt werden muß.

Stadtv. Wohlfahrer (lib.): Die Not des kleinen Grundbesitzes ist groß und darum ist Hilfe notwendig. Es ist kein Zweifel, daß die Hypothekendarlehen als die neueren Steuerlasten nicht abwälzen können, weshalb sie den Anstieg erhöhen mußten. Treten Sie dem Verstand bei, dem bedrängten Grundbesitz zu helfen.

Stadtv. Heilberg (lib.): Ich bitte, die ganze Vorlage den Ausschüssen zu überweisen. Gerade, weil wir die Möglichkeit haben, recht einsehend die Sache zu würdigen, sollen wir uns heute nicht grundsätzlich festlegen, sondern über alles in den Ausschüssen beraten.

Stadtv. Wiener (Soz.): Der Antrag des Herrn Referenten ist mir und meinen Fraktionsfreunden deshalb sympathisch, weil er sowohl, wenn auch nur zum Teil, Besche legt gegen die oft so unantwärtigen Manipulationen der Hypothekengeber und weil er ferner eine Rückwirkung haben wird auf die Preise der Mieten, also nicht nur im Interesse der Hausbesitzer. Jedoch können wir dem Antrage nur zustimmen, wenn die Beschränkungen eingeschränkt werden auf Bauten, die modern sanitär ausgestattete Wohnraum für minder besoldete Beamte und Arbeiter und wenn sie erweitert werden bis auf 75 Prozent des Taxwertes, jedoch 15 Prozent über die vom Herrn Referenten beantragten 60 Prozent für erste Hypothek auf zweite Hypothek gelassen werden. Eine große Reihe von Städten ist im Sinne meines Antrages bereits mit bestem Erfolge vorgegangen. Die traurigen Wohnungsverhältnisse in Breslau mit ihren 50.000 einzimmerigen Quartieren, der beste Ruf in Bezug auf die Sterblichkeit der Tuberkulösen und der Säuglinge in Breslau und alle die Begleiterscheinungen schlechter Wohnungsverhältnisse sollten uns veranlassen, meinen erweiterten Antrag anzunehmen, der dahin geht:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu eruchen, ihr baldmöglichst eine Vorlage zugehen zu lassen, betreffend die hypothekarische Beleihung bis zu 75 Prozent des Wertes für solche Wohnhäuser, welche im wesentlichen den gesundheitlichen und kulturellen Bedürfnissen der Neuzzeit entsprechende Kleinwohnungen für Arbeiter und minder entlohnte Beamte enthalten.

Die Beleihung ist bis zur Grenze der Mindestsicherheit durch ein städtisches Pfandbriefamt zu finanzieren. Der Rest bis zu 75 Prozent wird gegen zweite Hypothek gewährt. Der Zinssatz darf nur so hoch angesetzt sein, daß die Selbstkosten des Unternehmens gedeckt werden.

Die Darlehen müssen mit einem bestimmten jährlichen Mindestsatz getilgt werden.

Stadtv. Hauke (lib.): Vor dem, was Herr Kollege Wiener fordert, wird wohl vielen von uns bange werden. Zu dem, was Kollege Peuder verlangt, muß ich sagen, daß die Stadt in jedem Falle die Garantie übernehmen müßte, sonst nimmt die Pfandbriefe kein Mensch. Ich rechne heraus einen Bedarf von jährlich 15 Millionen, jedoch unsere Schuldenlast bedeutend steigen müßte. Ich glaube auch nicht, daß die Herr Peuder annimmt, der Grundbesitz eine Tilgung vertragen kann. Sie haben gar keine Ahnung, wie groß die Kreditwürdigkeit des Grundbesitzes ist. Es hat auch noch andere Schwierigkeiten, und ich bin deshalb möchte ich bitten, die Sache im ganzen den Ausschüssen zu überweisen.

Stadtv. Feige (lib.): Es ist die Hauptfrage, wie das Pfandbriefamt ausgestaltet werden soll, denn es ist nicht zu verpassen, daß wir ein neues Konkurrenz-Unternehmen schaffen. Redner schildert dann die Belastung des Grundbesitzes und fordert u. a. die Umfassende für bebauten Grundstücke aufzuheben.

Der Antragsteller Stadtv. Peuder: (konf.) bemerkt in seinem Schlusswort: Kollege Hauke habe eigentlich gegen meinen Antrag gesprochen, während Kollege Wiener mit seinem Antrage noch weiter gehe. Redner verteidigt dann noch seinen Antrag in Einzelheiten. Die Versammlung überweist den Antrag Peuder und den Antrag Wiener den Ausschüssen I und II (Wahl- und Verfassungsausschuß und Finanzausschuß).

Bender-Stiftung.

Der liberale Stadtv. Miß und 53 andere Stadtverordnete beantragen, dem Magistrat zu eruchen, mit einem Kapital von 50.000 Mk. eine Stiftung zu gründen, die zum dauernden Gedächtnis den Namen des Oberbürgermeisters Dr. Bender tragen soll. Die Bestimmung des Zweckes der Stiftung soll Herrn Bender überlassen werden.

Der Antragsteller Stadtv. Miß (lib.) spricht für die Benders-Stiftung mit warmen Worten und weist darauf hin, daß der Antrag von Stadtverordneten aller Parteien unterschrieben wurde.

Ober-Bürgermeister Matting: Namens des Magistrats kann ich die Erklärung abgeben, daß er mit großer Freude diesem Antrage zustimmen wird.

Stadtv. Perchei (konf.) erklärt namens seiner politischen Freunde, daß sie ebenfalls für den Antrag eintreten. Der Antrag wird darauf einstimmig angenommen.

Neue Straßenbahnwagen.

Der Magistrat beantragt, 22 neue Straßenbahnwagen nach dem Düsseldorf'schen Muster anzuschaffen. Der Verichterstatler Stadtv. Matfch (konf.-lib.) empfiehlt namens des Bau-Ausschusses, die Vorlage anzunehmen.

Stadtv. Hamburger (lib.): Die neuen Wagen sollen 18 Sitzplätze und 30 Stehplätze haben. Das ist ungefähr das Gegenteil von dem, wie ein Wagen eingerichtet sein soll. Die Wagen sollten mehr Stehplätze als Sitzplätze haben. Es ist doch unpraktisch, so viel Stehplätze zu haben, namentlich bei nassem Wetter. Die Wagen müssen so eingerichtet sein, daß sie 30 Sitzplätze und 18 Stehplätze haben, deswegen bitte ich, mehr Sitzplätze und weniger Stehplätze zu machen.

Stadtbaurat v. Scholz: In den verschiedenen Städten gibt es auch die verschiedensten Wagen. Die Verkehrsdeputation hat sich für die Düsseldorf'schen Wagen entschieden. Ob man mehr Sitzplätze oder Stehplätze schafft, das ist Geschmackssache. Die Düsseldorf'schen Wagen sind besonders für den Massenverkehr berechnet, wie er bei uns im nächsten Jahre kommen wird. Es handelt sich ja nur um 22 Wagen. Wenn wir die nächsten neuen Wagen bestellen, werden sie ja wieder anders sein. Redner bezieht im einzelnen die Vorzüge der Düsseldorf'schen Wagen und empfiehlt, sie wesentlich nicht zu ändern, da die Verbesserungsrisiken zu kurz sind.

Stadtv. Schütz (Soz.): Ich will mit dem von Herrn Baurat von Scholz zuletzt angeführten Momenten beginnen. Es liegt gar kein Grund zu der Annahme vor, daß durch die von mir vorgeschlagene Änderung eine Verzögerung in der Lieferung der Wagen eintreten könnte. In der letzten Sitzung der Verkehrsdeputation wurde ja entschieden, daß diese Änderung sehr gut möglich sei nur eine kleine Preissteigerung dürfte die Folge sein. Der Düsseldorf'sche Wagentyp macht einen sehr befriedigenden Eindruck, hat aber den Nachteil der sich gegenüberstellenden Sitze. Unsere neuesten Wagen haben die beweglichen Rückenlehne, eine Einrichtung, welche außerordentlich praktisch ist, und nun will man von dieser Konstruktion abgehen und etwas Unpraktisches schaffen. Die von Herrn Kollegen Hamburger angeführten Momente treffen auf alle Straßenbahnwagen zu, keine Abänderungsvorschläge aber sind praktisch undurchführbar, es bleibt dies eine völlige Umkonstruktion vornehmen. Wollen Sie das, dann müssen Sie allerdings darauf verzichten, diese Wagen im nächsten Jahr in Betrieb nehmen zu können.

Die Mängel, welche angeteilt der unklappbaren Lehne anhaften, lassen sich sehr leicht beseitigen, diese fallen aber gänzlich ins Gewicht gegenüber den sonstigen Vorteilen bezw. Unannehmlichkeiten. Ich bitte Sie daher, lehnen Sie den Antrag Hamburger ab, und stimmen Sie für meinen Vorschlag, dieser gefordert die Vorlage nicht im geringsten.

Stadtv. Wohlfahrer (lib.): Es kommt hauptsächlich darauf an, daß die Wagen zur rechten Zeit haben; die Änderung der Sitze spielt dabei keine Rolle. Nehmen Sie im großen und ganzen die Sache an; ob Sie dem Antrage Schütz folgen oder nicht, das ist nebensächlich.

Stadtv. Matfch (konf.-lib.): Wenn Sie den Wagen eine andere Gestalt geben, als die gegenwärtige, dann werden sie nicht rechtzeitig fertig. Lassen Sie die Wagen in der Hauptsache so, wie sie sind.

Stadtv. Hamburger (lib.): Der Grundsatz, daß man für sein Geld sitzen darf, sollte immer aufrecht erhalten werden, weshalb die Wagen mehr Sitzplätze haben sollten. Was Herr Kollege Schütz verlangt, unterschreibe ich, soweit es sich um die Forderung der Klappsitze handelt.

Stadtv. Schütz (Soz.): Wenn Sie dem Antrage Hamburger folgen, dann werfen Sie den ganzen Wagen in seinem Aufbau über den Haufen. Stimmen Sie meinem Antrage zu, dann gefährden Sie die Vorlage nicht im geringsten, was aber durch den Antrag Hamburger geschieht.

Stadtbaurat v. Scholz: Die neuen Wagen bringen hauptsächlich eine Verbesserung der Plattformen; an den Sitzplätzen ändern sie nichts. Ich kann Ihnen nur empfehlen, der Vorlage zuzustimmen.

Stadtv. Ehrlich (lib.) empfiehlt, die Vorlage noch einmal an den Ausschuß zurückzuweisen.

Stadtv. Finger (konf.): Für eine Zurückweisung an den Ausschuß bin ich nicht, da hier bereits alles gesagt wurde. Nehmen Sie die Vorlage an mit dem Antrage Schütz. Es ist nicht wahr, wie Herr Hamburger sagt, daß die meisten Leute sitzen wollen; die meisten Männer wollen stehen, schon damit sie rauchen können. Im übrigen sind die neuen Wagen sehr schön.

Stadtv. Matfch (konf.-lib.) bittet wiederholt, für die neuen Wagen zu stimmen.

Der Antrag auf Zurückweisung in den Ausschuß wird abgelehnt, ebenso der Antrag Hamburger, die Wagen nach dem alten Muster einzurichten; dagegen wird die Vorlage des Magistrats mit dem Antrage Schütz angenommen.

Erwerb von Straßenland.

Das im Straßenland der künftigen Springerstraße fallende Grundstück der Schneider'schen Vorstadt (hinter der Friederichstraße) soll von dem Rittergutsbesitzer von Nährich in Puschkowa für 8848 Mk. gekauft werden. Der Grundeigentums-Ausschuß empfiehlt, die Vorlage anzunehmen und 20 Mk. für einen Quadratmeter zu zahlen. Der Verichterstatler Stadtv. Frömsdorf (konf.) beantragt, entgegen dem Ausschuß-Gutachten, für den Quadratmeter 25 Mk. zu zahlen und die Vorlage anzunehmen.

Stadtv. Löbe (Soz.): Ich bitte ganz entschieden, die 25 Mk. für einen Quadratmeter dem Besitzer des Grundstückes nicht zu geben. Er hat erst ganz enorme Summen gefordert. Es handelt sich um einen der Fälle, wo Privatleute sich wie Blutegeier an den Körper der Stadt ansetzen und ihre Avarizität ausnützen. Im Ausschuß ist festgestellt worden, daß 20 Mark schon zu viel sind. Also lassen wir es auf den Prozeß ankommen. Um meinen interessierten ist an der Ausführung der Eisenbahnstrecke. Was er auf Verschleissung des Verkehrs brüden. Wir haben gar keinen Anlaß, 25 Mark zu zahlen. Wenn der Herr mit 20 Mark nicht zufrieden ist, mag das Enteignungsverfahren seinen Gang gehen.

Stadtv. Heilberg (lib.): Gewiß, die Differenz ist, wie Kollege Hauke sagt, gering; aber es handelt sich doch auch um andere Fälle, weshalb ich bitte, beim Ausschuß-Antrag zu

bleiben, der nur 20 Mark beschloffen hat. Der Antrag 25 M. zu bewilligen, wird abgelehnt; die Versammlung entscheidet sich für 20 Mark.

Stadtrat Wagner: Das Enteignungsverfahren war bereits eingeleitet und es ist dabei der Quadratmeter auf 20 M. geschätzt worden. Kommt es zum Prozeß, dann entstehen eine Entschädigung auf der Mittelstraße, wozu noch bedeutende Kosten treten, so daß auch die Sache teuer wird, als gegenwärtig bei 25 M. für einen Quadratmeter.

Stadtr. Bischof (Sib.): Ich möchte Sie bitten, bei 20 M. stehen zu bleiben; ich sehe nicht ein, warum wir dem Herrn Rittergutsbesitzer nähern, der mit Breslau sonst gar nichts zu tun hat, mehr geben sollen.

Stadtr. Hauke (Sib.): Meine Herren, es handelt sich um etwa 1300 M.; da sollten wir doch nachgeben. Wasin bringen Sie die Leute, die mit der Stadt Geschäfte abschließen wollen; diese werden sagen, wir lassen es auf eine Enteignung ankommen. Ich bitte Sie, 25 M. zu bewilligen.

Die Mittelschule an der Paradiesstraße.

Für die katholische Mittelschule soll das Haus auf dem Grundstück Paradiesstraße 9 vom 1. August 1913 an unter den bisherigen Bedingungen auf weitere zehn Jahre gemietet werden. Der Berichterstatter Stadtr. Wiener (Soz.) bezweifelt, ob die Vorlage darin Recht hat, daß die gemieteten Räume für Schulzwecke geeignet sind. Die Pauperfordernisse für einen modernen Schulbetrieb bleiben unerfüllt; auch für Volksschulen sind die Räume ungeeignet. Deshalb bitte ich auch, die Vorlage abzulehnen.

Stadtschulrat Sachs tritt für die Vorlage ein, da die Räume in jedem Falle gebraucht werden.

Stadtr. Reich (Sib.): Die gemieteten Räume sind durchaus ungeeignet, denn in ihrer Nähe klappern Maschinen, die den Schulanterricht recht empfindlich stören. Auch sonst bestehen viel Mängel, weshalb der Mietvertrag nicht auf 10 Jahre verlängert werden kann. Es wäre dringend nötig, der Mittelschule recht bald ein eigenes Schulhaus zu errichten. Ich bitte, die Vorlage dem Schulratsrat zu überweisen.

Stadtschulrat Sachs: Meine Worte sollten nicht so aufgefaßt werden, daß ich gegen ein neues Haus für die Mittelschule bin; im Gegenteil. Wir bekommen in den nächsten Jahr viel neue Schulbauten und auch diese Schule wird herköchlicht werden.

Stadtr. Hoffmann (Konf.) bittet, die Vorlage glatt abzulehnen, denn die gemieteten Räume weisen viele Mängel auf, so daß es verwerflich erscheint, wie die beiden Schulinspektoren für die Verlängerung des Mietvertrages sein können.

Stadtr. Rudolph (Konf.) empfiehlt auch die Ablehnung der Vorlage.

Stadtschulrat Sachs betont, daß die Räume besser sind, als manche andere gemietete Schulräume, weshalb der Vertrag ruhig auf 10 Jahre verlängert werden kann.

Der Berichterstatter Stadtr. Wiener (Soz.) bemerkt im Schlußwort, wir sollten bei Schulbauten ein schnelleres Tempo einschlagen, etwa das, wie beim Bau der Festhalle in Schettinig (Dettelkeit). Grundstücke haben wir genug, so daß wir gar nicht in Verlegenheit kommen können. — Der Antrag auf Ueberweisung der Vorlage an den Ausschuß wird abgelehnt und dann die ganze Vorlage.

Der evangelischen Diakonissenanstalt Behanten wurde eine Beihilfe von 2591 Mark bewilligt, damit sie das Grundstück Klosterstraße 116/118 erwerben kann.

Der Magistrat beantragt, auf dem Grundstück Klosterstraße Nr. 72/78 eine Hauptmarktniederlage einzurichten. Die Versammlung ist damit einverstanden.

Der Magistrat hat vor einiger Zeit beantragt, den zur Unterstützung der privaten höheren Mädchenschulen und der Mädchen-Mittelschule zu gewährenden höchsten Zuschuß auch dann zu zahlen, wenn der Minister die Gewährung eines staatlichen Zuschusses nicht rechtzeitig verfügen oder gar ablehnen sollte. Der Ausschuß empfiehlt jetzt, den Zuschuß für 1912 zu bewilligen, womit die Versammlung einverstanden ist.

Der Erweiterungsbau des Elisabeth-Gymnasiums wurde nach dem Vorlage des Bauausschusses beschlossen. Für die Feuerwehre soll ein zweites Benzolager für 15.000 Kilogramm Benzin errichtet werden. Der Finanzausschuss empfiehlt das und die Versammlung beschließt nach dem Ausschussgutachten.

Den neuen Wohnungen für die städtische Feuerzosietai stimmte die Versammlung zu.

Für Anschauungsmittel zu Vorträgen, die Oberlehrer Professor Dr. Schenk über seine Studienreise nach Italien vor Schülern halten soll, werden 300 Mark bewilligt.

Der Ausbau des Gobrechtshofes zwischen Kaiser- und Markstraße für 52.500 Mark wird beschlossen. Schluß der öffentlichen Verhandlungen um 7 1/2 Uhr; es folgte eine geheime Sitzung.

Der Hauptauschluß auf dem Kampflplatze.

Jetzt endlich, drei Tage vor der Wahl zur Angestelltenversicherung, ist auch dem Hauptauschluß die Zunge gelöst worden. Er berief für Donnerstagabend eine Versammlung ins Konzerthaus ein, wo Herr König und Herr Honerpeil die Redner waren.

Herr König lobte das neue Gesetz mit geradezu begeisterten Worten. Konnte in allen Nöten des Lebens gewährt das Gesetz. Es bürge für ein gesichertes Einkommen im Alter, gewähre eine ausreichende Versorgung im Falle der Invalidität, es schaffe Sicherheit für Witwen und Waisen. Kurz, wahre Lobeshymnen stimmte er über die großartigen Leistungen dieses Gesetzes an. Als Beweis dafür gab er bekannt, daß ein Angestellter ja schon nach 20 Jahren die gewaltige Rente von 75 M. monatlich erhalten könne, er vergaß aber hinzuzusetzen, daß dieser Angestellte die ganzen 20 Jahre hindurch ein Einkommen von 3000 bis 4000 Mark gehabt haben müßte. Ein Fall der Art kommt fast niemals vor. Als Hauptpunkt der Leistungen bezeichnete er aber die Möglichkeit, daß die Witwe dieses Angestellten, wenn sie 8 Kinder hätte, die volle Rente des Mannes weiter beziehen würde. In ähnlicher Form gab er dann noch einige andere Beispiele zum Besten. Weiter hielt er die Doppelbelastung der Angestellten mit einem Einkommen bis zu 2000 M. als ganz gerechtfertigt, eine Stellungnahme, die durch die innige Freundschaft mit den Deutschnationalen erklärlich ist. Herr König verfehlte auch nicht, auf die Selbstverwaltung einzugehen. Er lobte die Rentenanstalt, rühmte den großen Einfluß des Verwaltungsrates, hob die hohe Bedeutung des Direktoriums hervor, tarzium auch mit der Selbstverwaltung war er sehr zufrieden. Daß er die wichtigsten Bestimmungen, die die Selbstverwaltung zu einem Zerstück machen, nicht erwähnte, ist natürlich nur auf ein Versehen des Herrn Redners zurückzuführen; absichtlich machen die Herren vom Hauptauschluß es etwas nicht. Dann kam er auf die freie Vereinigung zu sprechen; deren Kampfesweise er als unanständig bezeichnete und die er als vollkommen ungeeignet zur Vertretung von Angestellteninteressen erklärte. Zum Schluß forderte er zur Wahl der wahrhaft rührgehaltigen Mannen des Hauptauschusses auf.

Nun betrat der deutschnationale Führer Honerpeil die Rednertribüne. Er brachte erst den wahrhaft teilschen und nationalen Ton in die Versammlung. Zu seiner bekannten Art erging er sich 1 1/2 Stunden lang in den dümmsten Späßen und unlaublichen Verdrehungen. Sie alle hier wiederzugeben, verbietet der Raum, doch seien einige von ihnen mitgeteilt. So behauptete er, der Vorwurf, daß der deutschnationale Verband und der Hauptauschluß Ständedünkel liebten, sei falsch; gehe doch der D. S. V. mit den christlichen Gewerkschaften zusammen. Die Ingenieure aber hätten Dünkel, sonst hätten sie sich ja längst mit den Metallarbeitern verschmolzen. Auf die Frage eines Zwischenrufes aber, warum sich die Deutschnationalen nicht mit den gelben Transportarbeitern, die ihnen ja am nächsten Ständen verträglich, bündeln, erwiderte er schuldig, dann erklärte er sich gegen das obligatorische Seilverfahren, da man ja damit rechnen müsse, daß es Kranke beanspruchen würden, die schon in den letzten Jahren wären und die den Transport zur Unfall nicht mehr aushalten und unterworfen sterben würden. Das spricht für sich selbst. Herr Honerpeil entzweite sich aber auch noch als „Demokrat“. So behauptete er, daß es wahre Demokratie gewesen wäre, wenn die freie Vereinigung sich einfach dem Hauptauschluß, der ja über die ungeheure Mehrheit der Angestellten verfüge, unterworfen und auf ihren Ausbaugedanken in Gunsten der vielbesessenen Sonderklasse des Hauptauschusses verzichtet hätte. Herr Honerpeil beschloß ferner den Mut, die Behauptung der freien Vereinigung, daß Herr König in Berlin gelagt hätte: „Wir im Hauptauschluß können auf diese niederen Privatangeestellten, die so wenig Gehalt haben, die sich die Preise für ihre Arbeit diktieren lassen

müssen, lie im Wohn ein in den obersten Schichten der Arbeiter gleich stehen, allerdings seine Rücksicht nehmen“, als Beispiel der Verlogenheit zu erklären.

Und das, trotzdem über tausend Personen der Versammlung, in der dieser Ausbruch Wechsels fiel, beigewohnt haben. Nachdem er noch einige ganz unglückliche Behauptungen aufgestellt hatte, u. a. daß die freie Vereinigung die Vereinerung durch Dr. Bohlhoff um einige Sitze in der Verwaltung der Angestelltenversicherung angeheißelt habe und anderes mehr, kam er zum Kernpunkt seiner Rede, zum Schwanken mit dem roten Lapoen. Mit erhobener Stimme kennezeichnete er die freie Vereinigung als den Rotblock in Reinkultur und mit seiner wunderschönen Stimme rief er begeistert zur freischöblichen Jagd auf das Rotwild, die freie Vereinigung, auf.

Herr Urban von der Freien Vereinigung, der als erster Diskussionsredner zu Wort kam, war es ein Leichts, die Herren vom Hauptauschluß zu widerlegen. Er wies nach, daß ein Ausbau der Invalidenversicherung sehr wohl möglich gewesen wäre und daß ja der D. S. V. und der D. S. V. bereits früher auf demselben Standpunkt gestanden hätten. Der Unterschied wäre nur der, daß die freie Vereinigung fest geblieben sei, während der Hauptauschluß, um eine Scheidung zwischen den Angestellten und Arbeitern zu errichten, später Gedanken der Sonderklasse geäußert hätte. Unter dem Befehl eines großen Teiles der Versammlung stellte dann Urban die sogenannte Selbstverwaltung ins rechte Licht. Er sagte, wie hier der Hauptauschluß, wie ja auch in allen anderen Fragen, vor der Regierung zu Kreuze gezogen sei und wie lächlich es in Wirklichkeit um diese Selbstverwaltung bestellt sei. Ferner wies er auf die ärmlich unzulängliche Abgrenzung des Rentenkreises hin und bewies, daß man auch hier auf die heutige wirtschaftliche Entwicklung keine Rücksicht genommen hat. Herr Urban kam auf den Unfug zu sprechen, der mit dem Worte Berufsunfähigkeit getrieben werde, die Berufsunfähigkeit, die selbst Dr. Thiesse als Spiel mit Worten bezeichnet habe. Er ging dann auch auf die Frage der Abwälzung der Beiträge ein und kam unter Zustimmung eines großen Teiles der Versammlung zu dem Ende, das Herr Honerpeil jetzt die Zulage wegfallen würden. Nachdem Urban noch auf das Wiedererwecken des Anschlusses des Verbandes für weibliche Angestellte an den Hauptauschluß hingewiesen hatte, schloß er mit der Aufforderung, an den Wahlen nur der Liste A die Stimme zu geben.

Nun sprach ein Herr vom „Deutschen Techniker-Verband“, der auch wie die Herren Referenten Lobgesänge auf die Versicherung antimmte und sich im übrigen eine Einschränkung der Stellenlosigkeit durch Beschäftigung von Militäranwärtern bei der neuen Versicherung versprach.

Stadtr. Löbe, der hierauf das Wort nahm, richtete eine warme Aufforderung an die Versammlung und forderte sie auf, geschlossen für die Liste A der freien Vereinigung einzutreten. Nachdem noch ein Mitglied des Verbandes für weibliche Angestellte eine lange für die Deutschnationalen und den Hauptauschluß gebrochen hatte, erhielten die Referenten das Schlußwort, das sie, wie das bei diesen Herren ja üblich ist, dazu benutzten, die gegnerischen Diskussionsredner anzupöbeln und eine Unrichtigkeit nach der anderen zu behaupten. Mit einer Aufforderung des Herrn Honerpeil, für den nationalen, vaterlandstreublichen Hauptauschluß und gegen die internationale, vaterlandsfeindliche freie Vereinigung bei den Wahlen einzutreten, schloß die Versammlung um 1 1/2 Uhr nachts.

Die Antwort aber wird den Herren in der heutigen Versammlung der freien Vereinigung in der „Neuen Börse“ gegeben werden. Darum Angestellte, erscheint vollständig in dieser Versammlung.

Vor dem Gefängnis in Kietzstr. 11 hatten sich gestern nachmittag etwa hundert Parteigenossen und Genossen eingefunden, um unseren Genossen Reingold Dars zu begrüßen. Auch die Polizei war zur Stelle und ging mit einer völlig unzulässigen Schärfe vor, die selbst Unbeteiligten ein Kopfschütteln abnötigte. Kaum daß die anwesende Frau ihren Gatten begrüßen durfte. Nicht einmal sonst Zeit ließ man ihm, sich den mitgebrachten Liebesgaben anzusehen. Und dann wunderte man sich, daß die Breslauer Polizei so unbedeutend ist.

Vermißt wird seit dem 28. Oktober der 46 Jahre alte Invalide Hermann Kurzbuch. Der schwer nervenleidende Mann war schon zweimal verschwunden.

Allerjeden.

Strassende Regenstauer, fauchende Windböge betäubten mir auch diesmal wieder auf meiner Allerjedenwanderung ins Gesicht. Aber während ich sonst an Allerjeden von Berlin aus nach den öden Wäldern der Havelniederung mit ihren Opfersteinen und Seidengräbern pilgerste, so fand's heute die dicken Wälder des Jöhrenberges, die mich umrauschten. Statt der Hünengräber der Lüneburger Heide, die uralten Steinbilder der Jungfrau mit dem Jüngling, des Bären und der Sau. Und wenn wir so vor einem verwirrten Steinbild stehen und der Geruch von Heu in den alten Eichen und Tannen, dann ist's als hörten wir ein Raunen aus grauer Vorzeit. Die rechte Allerjedenstimmung. Mit ihr steigen die alten Sagen der Germanen und Wenden wieder herauf. Was mag wohl jene uralte Sage dort, dieses verwirrte Steinbild, hier schon alle gesehen haben? —

Die düsteren Schatten eines barbarischen Aultes tauchen vor meinem geistigen Auge auf. Noch ist der lebendige Lichtstrahl des Wissens nicht in das Dunkel der primitiven Kultur der alten Germanen und Wenden eingedrungen. Ein finsterner Aberglaube; die Absicht die noch mehr wie die Götter gefürchteten Seelen der Verstorbenen (die Wären) zu verschonen, führen zur Darbringung von Opfern. Und nicht nur Tieropfer wurden gebracht: o gewisse Ueberlieferungen, wie Gebührote und ähnliches sprechen dafür, daß man auch vor dem gelegentlichen Menschenopfer — gefangene Feinde, kleine Kinder — nicht zurückschreckte. Besonders zu der Zeit des germanischen Neujahr, das man als Beginn einer neuen Wirtschaftsjahres im Herbst feiert, hatten die Opferfeierlichkeiten eine hervorragende Bedeutung. Denn nachdem das neue Saatgut der Erde anvertraut war, galt es die, mit den kargen Taten immer mächtiger werdenden, abstrichen Nachtgezeiten und Warten, die in der Erde wohnen und in allgemeinen dem Menschen feindlich gesinnt waren, zu verjähren.

Selbst dem Christentum ist es nicht gelungen, diese heidnischen Gebräuche völlig auszurotten; aber es hing der Saft von der Kirche hinter dem Allerjedenfest (1. November) einsetzte Allerjedenfest (2. November) ist eine Anerkennung des alten, auf einer Art Naturreligion ruhenden heidnischen Steinbildes. In ihm erwarbt und bewahrt das Volk die Seelen der Verstorbenen, die in Artengestalt in der Erde, in den Bergen oder in den Wäldern gebannt haften, und nur in dieser Nacht zurückkehren dürfen. Man brachte für sie zur Zeit des Lichtwechsels (gegen Abend) zusammengelegte Speiseopfer an bestimmten Stellen dar. Auch wurden dabei Lichter angezündet. An die Stelle der ursprünglichen Kerzen und Tieropfer traten entsprechend geformte Gebilde (Steinbildchen). Diese den Verstorbenen Abtun geformten feste müssen wahr sein, denn wie treffen sie außer bei den Germanen bei den Slawen, Japanern, Perlern, Griechen und Römern. Auch in ihnen gemahnt, daß man bei der Nachtzeit, zu der die Seelen geladen und bei der sie näher herangekehrt werden, Lichter anzündet: letzteren Brauch begegnet man noch heute in dem katholischen Segnen am Allerjedenfest auf den Gebirgen.

L. E. L.

Die christliche Kirche hat sich mit Erfolg bemüht, in den tausend Jahren ihrer Herrschaft den Charakter der altgermanischen Totenfeier, vor der auch höchstwahrscheinlich die Zuliefer, das spätere Weihnachtsfest, abstammt, zu verändern. Der Allerjedenfest, wie auch der Totenfesttag sind zu einer gemütvollen Gedenkfeier für die Verstorbenen geworden. Und dennoch. Die Herbsturme, die um die Karren „Götterbilder“ dort auf der Höhe des Jöhrenberges stehen, oder wenn einmal der zu feierliche Müßig hinreichend eine rote Urne mit Fettenrand aus Tageslicht bringt, sie werden sie wieder, jene so inbar längst vergessenen Sagen und Gebräuche. Kein Mensch weiß wer sie aufbrachte: sie sind einmal da. Und mancher ahnt kaum, wie uralte sie schon sind.

Doch wenn an den langen Herbstenden der Wind um die niederen Hüften der armenigen schliefenden Gebirgsdörfer heult und pfeift, wenn's wie die wilde Jagd dahindrauf: dann erwachen sie wieder die alten, dunklen Geschichten. Gute und schlechte Märschen in hunder Folge. Aber schöner und volkstümlicher als alle kalthernde katholische und evangelische Traktatengeheißeln zusammen.

Eng nicht man einander und Großmutter erzählt. . . .

Aus aller Welt.

Zur großen Rennwettkampf. Von den zwanzig Ballons, die sich an den großen Rennwettkampfen beteiligten, sind achtzehn gelandet. Von drei Ballons fehlen Nachrichten noch aus, nämlich von dem des Amerikaners John Watts außer Konkurrenz, Ballon „Düsseldorf II“ und der französische Ballon „Salle de France“. Da der französische Ballon „Vielite“ bis jetzt die größte Entfernung mit 21.000 Kilometern aufzuweisen hatte, dürfte er als Sieger proklamiert werden. Es steht fest, daß die nächstjährige große Rennwettkampft zum ersten Male in Frankreich abgehalten wird.

Ein Todesopfer des Berliner Stadtbahn-Unglücks. Das Stadtbahnunglück auf dem Bahnhof Znamowitzbrücke hat doch ein Todesopfer gefordert. Der 50 Jahre alte Arbeiter August Altonenberg aus der Transfurter Allee ist heute in den ersten Morgensstunden im Krankenhaus verstorben, wohin er gebracht worden war, wegen schweren Verletzungen erlitten.

Die Ursache des Unglücks scheint nach den bisherigen Feststellungen ein nicht in der mangelnden Aufmerksamkeit des Lokomotivführers, sondern im Verfehlen der Signalerichtung zu liegen.

Schiffswärter. Die Ruhr führt seit gestern Hochwasser und ist schon teilweise aus ihren Ufern getreten und überflutet weite Flächen. Anderen Nachrichten zufolge rief der andauernde heftige Regen der letzten Tage Hochwassergefahr hervor. Die Saat überflutet ebenfalls schon die benachbarten Niederungen.

Feuer im Unterseeboot. An Bord des vor Cherbourg liegenden Unterseebootes „Francette“ brach am Donnerstag nachmittags durch grobe Unachtsamkeit des Maschinenpersonals plötzlich Feuer aus, das sich so rasch ausbreitete, daß es

nicht mehr mit der an Bord befindlichen Maschine gelöscht werden konnte. Das Schiff wurde unterzünftig ausgedreht, die Besatzung mußte an Land. Sämtliche Luken wurden nun geschlossen, das Fahrzeug wurde in die Waare des Hafens abbracht und sich selbst überlassen. Der Brand muß bald erloscht worden sein, da ihm jegliche Luftzufuhr le die Deute morgen soll das Unterseeboot wieder geöffnet werden, damit eine Untersuchungskommission die notwendigen Feststellungen machen kann.

Eine Hundeschlägerei zur Milberung der Fliehnost. Mit Rücksicht auf die Fliehnost wurde in Halle am Donnerstag eine große Hundeschlägerei eröffnet, die schon am ersten Tage außerordentlich starken Zulauf hatte.

Der „Streit“ der Schlichtergerellen im Warschauer Schlachthaus der Stadt Berlin hat jetzt nach der Rückkehr der Gerellen nach Berlin seine Aufmerksamkeit gefunden. Nach der Aussage der Gerellen handelt es sich nicht eigentlich um einen Streit. Es sind vielmehr wegen Differenzen über die Entlohnung die Berliner Gerellen entlassen worden, nachdem ein russischer Händler dem Berliner Unternehmer billigerer russische Arbeitskräfte vermittelt hatte. Der Betrieb der Versorgung Berlins mit russischem Fleisch wird durch die Entlassung der Berliner Gerellen nicht gefährdet. Die zurückgekehrten Gerellen betunden, daß das im städtischen Schlachthaus in Warschau geschlachtete Rindvieh im Durchschnitt mindestens so gut ist, wie das deutsche. Für das Berliner Schlachthaus werden nur beste Urals- und Steppenschaf geliefert.

Das Wunderrind eines Lehrhings. Unfassbare Qualitäten eines Wunderrindes kamen am Mittwoch vor dem Schöffengericht Magdeburg zur Sprache. Angeklagt war der 25jährige Schmiedemeister Wilhelm Schmelzer wegen Mißhandlung des Lehrhings Franz Wehr. Die Wehrisnahme ergab, daß Schmelzer den Jungen fast täglich geohrfeigt und geprügelt hatte. Einmal warf er ihm eine Handvoll Schrauben ins Gesicht, weil er einen Auftrag nicht richtig ausgeführt hatte. Der gerinnungsfähigsten Verlehen wegen klagte der ebrennerte Meister auf den Jungen mit einem Eisenhammer, (I) mit anderen Eisenstücken, mit einem starken Knüttel ein, trat ihn mit Füßen und stieß ihm in einem Falle einen schweren Knüttel auf die Schulter, sodas der Junge zu Boden fiel und blaue und braune Spuren der Mißhandlung davontrug. Einmal zwang er den Jungen, zwischen die Beine eines störrischen Pferdes zu treten, das beschlagen werden sollte und dem Jungen schon einen Fußtritt verleiht hatte. Das Pferd warf sich hin und fiel dabei so auf den Lehrhings, das dieser einen Beinbruch davontrug. Mit besonderer Bosheit zog der Meister den Jungen an den Ohren, so daß sie entrisen und bluteten. Als der Lehrhings wieder einmal durch Faustschläge usw. derraht mißhandelt war, daß Gesicht und Kopf mit Beulen bedekt waren, ging er zum Arzt und dann zu seinen Eltern, die ihn nunmehr aus der Lehre nahmen.

Vom November 1910 bis August 1912 hatte die Leidenszeit des Jungen gedauert, dem von Zeugen nachgesagt wurde, daß er ein guter williger Junge gewesen sei.

Das Urteil gegen den Schinder von Meister lautet — milt genug — auf 200 M. Geldstrafe.

Zum Verkauf des russischen Fleisches

in Breslau sei nochmals eindringlich betont, daß damit nur ein erster Versuch gemacht wird. Es soll also niemand daran denken, von dieser Probeware größere Mengen zu erwerben; es können an den Einzelnen nur beschränkte Mengen abgegeben werden, wie sich das bei 40 Stück Ochsen und 200 Schweinen die vorläufig erworben sind, für eine Halbmillionenstadt wie Breslau von selbst versteht. Wenn dieser Probeverkauf die erhoffte Wirkung besonders auf die Gestalt der Preise für einzelnes Fleisch ausübt, dann erst soll mit weiteren Ankäufen in Rußland vorgegangen werden. Wie in den ausgehändelten Preisverzeichnissen angegeben sein wird, gelangt das Rindfleisch in drei, das Schweinefleisch in zwei Sorten für die im Verzeichnis angegebenen Preise zum Verkauf. Die Fleischmeister konnten nicht verpflichtet werden, weniger als ein Pfund zu verkaufen, aber, soweit sie das freiwillig tun wollen, werden sie daran von niemand gehindert.

Das königliche Auslandsfleischbureau, durch das die Untersuchung des aus Rußland eingeführten Fleisches vorgenommen wird, weist darauf hin, daß das russische Fleisch mit roter Farbe und den Worten „Ausland Breslau“ abgestempelt wird im Gegensatz zu der blauen Farbe, die für das im Inland geschlachtete Fleisch gesetzlich vorgeschrieben ist. Das laufende Publikum ist an der Hand des roten Stempelabdrucks demnach in der Lage, prüfen zu können, daß ihm das ausländische Fleisch zu den vom Magistrat festgesetzten Preisen und nicht etwa an Stelle und zu dem Preise von Inlandsfleisch veräußert wird. In Verkaufsstellen wird das königliche Fleischbureau durch seine Vertreter, Emsang vor 1, täglich von 10-11 $\frac{1}{2}$ Uhr für kostenlosen Nachprüfung bereit sein.

Von den in Rußland aufgekauften und in Warschau abgeschlachteten Rindern und Schweinen sind bereits zwei Waagonladungen, also ungefähr die Hälfte der ganzen Menge, in Breslau angekommen. Es ist deshalb möglich, daß am Sonntag, den 2. November, nachmittags von 5 bis 8 Uhr, der Verkauf von russischem Rind- und Schweinefleisch in den dazu ausgewählten 80 Verkaufsstellen in der ganzen Stadt vor sich gehen kann. Von Fleischern, die Fleischverkaufsstellen in den beiden städtischen Markthallen besitzen, haben sich im ganzen nur vier zum Verkauf von russischem Fleisch von ihren Ständen aus bereit erklärt. Es wird also in der Markthalle am Ritterplatz von drei, in der Markthalle auf der Gartenstraße von einem Verkaufsstelle aus aus russisches Fleisch zu erhalten sein. Hauptächlich wird der Verkauf von den dazu ausdrücklich bezeichneten Läden aus geschehen.

Kleine Breslauer Nachrichten.

*** Ach ung! Die Führung durch die Sezessions-Ausstellung in der Galerie Lichtenberg** (Museum der bildenden Künste) Tavengienstraße, die gestern wegen Todesfall des Begründers Herrn Arthur Lichtenberg ausfallen mußte, findet heute (Freitag) abend 8 Uhr statt. Eintrittskarten zu 25 Pfennig sind in unserer Expedition und am Museums-Eingang zu haben.

Für Besucher des Graf-Kurhus, die schon Karten zur Führung gekauft haben, wird um auch ihnen den Besuch zu ermöglichen, am Sonntag nachmittags 2 Uhr eine Sonderführung veranstaltet. Der Bildungsausschuß.

*** Erdbeben.** Die Königl. Erdbebenwarte in Kretezen teilt mit: Gestern nachmittags 1 Uhr 25 Minuten registrierten die Apparate der Königl. Erdbebenwarte ein starkes Fernbeben in einer Entfernung von 400 Kilometern. Derselbe vermutliche Zurfellan, Lauer bis gegen 2 $\frac{1}{2}$ Uhr. — Gestern abend 6 Uhr 37 Minuten verzeichnete die Apparate ein starkes Fernbeben, dessen Entfernung bisher noch nicht festgestellt werden konnte. Dauer bis gegen 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

*** An alle Arbeiter-Sportfreunde!** Sonntag, den 3. November nachmittags 2 $\frac{1}{2}$ bis 4 Uhr auf dem städtischen Spielplatz, Eichenpark: Fußball-Wettbewerb der Freien Turnerischen Vereine gegen die Freie Turnerische Breslau. Es treten sich die 1. Mannschaft der Freien Turnerischen Brie (rot-weiß) und die 1. Mannschaft der 2. Abteilung (schwarz-weiß) der Freien Turnerischen Breslau gegenüber. Dieses Spiel dürfte wahrscheinlich sehr hart geführt werden, da beide Mannschaften bereits am 20. Oktober in Brien mit einem Ergebnis von 2:2 unentschieden angetroffen haben. Beide Mannschaften werden sicher ihr Bestes geben, um den Sieg an sich zu bringen. Ferner spielt die 2. Mannschaft der Freien Turnerischen Brie (rot-weiß) gegen die 4. Abteilung der Freien Turnerischen Breslau (weiß). Auch diese Spiele dürften sehr hart ausgefallen werden. Die Wettspiele werden zeigen, daß die Arbeiter-Turner in diesem Sport ganz erhebliche Fortschritte gemacht haben. Hoffentlich tragen die Spiele dazu bei, verschiedene Vorurteile zu beseitigen, die noch in der Arbeitererschaft über Turnen und Spielen vorherrschend sind. Der Vorstand.

*** Steinarbeiter.** Sonntag, den 3. November, bei Brückner, Wajulinerstraße, Kassentafel von 10-12 Uhr.

*** Monteur und Meister.** Sonntag, den 3. November, früh 10 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Unionssaal, Reichelstraße 51, Branchen-Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Schneider und über unter Verbandsrat. 2. Neuwahl der Branchenleitung. 3. Branchenangelegenheiten. Die Branchenleitung.

*** Aus Furcht vor der Operation** flüchtete Mittwoch nachmittags der Wirt Oswald Kowatzki aus dem Wenzel Handlichen Krankenhaus. Das Ziel des geängstigten Mannes war seine Wohnung Alexanderstraße 5a; aber soweit sollte er nicht kommen. Unterdessen erregte der Mann, der eiligst seines Weges ging, Aufsehen und auf der Brückenstraße sammelte sich eine lo dicke Menschenmenge um ihn, daß ein Schutzmann dazukam, der den Mann wieder ins Krankenhaus zurückbringen ließ.

*** Der verummte Raubschwindler.** Ein arbeitsloser Schwindler ist auf einen neuen Zug verfallen, um sich vor Entdeckung zu schützen. Er ist am Mittwoch nach Breslau gekommen und hat hier ein möbliertes Zimmer gemietet, um von dort gleich seinen Schwundel anzuknüpfen. Gleich am folgenden Tage empfangt er, vermutlich auf ein Zeitungsinserat, einen Kaffier aus Oberösterreich, den er angeblich für eine Raubwürger-Mitgliedschaft anwarb. Er verlangte von dem Bewerber eine Kaution von 500 Mk., die ihm auch in einem Wertpapier, nämlich in einer Preussischen Staatsanleihe Nr. 701.773 über 500 Mk. eingehändigt wurde. Mit diesem Papier ist der Bewerber natürlich verschwinden und der Kaffier aus Oberösterreich ist der Geruchte. Er ist nicht einmal imstande, eine weitere Beschreibung von dem Gauner zu geben, als daß er etwa 1,65 m groß war; denn der Betrüger hatte bei der Annahme der Kaution seinen Kopf so verbunden, daß nur das rechte Auge, Nase und Mund frei waren; anscheinend spielte er den kranken Mann. Es wird gebeten, den Minister des bezüglichen Wertpapiers anzuhalten und seine Person feststellen zu lassen. Mitteilungen darüber werden nach dem Polizeipräsidium, Schulstraße 45, Zimmer 4, erbeten.

*** 500 Mk. gestohlen.** Einem Malermeister sind in der vergangenen Nacht in einem kleinen Cafe im Innern der Stadt 500 Mk. aus der Tasche entwendet worden.

*** Diebstahl.** In der Nacht zum 30. d. M. ist von dem Grundbesitzer Dorothengasse 2 ein echt vergoldeter eiserner Reflektenschlüssel gewaltsam losgerissen und entwendet worden. — Am Märkischen Güterbahnhof wurde von einem Handwagen eine dunkelgrüne wasserdicke Wagenplane 2,50 mal 3,50 Meter mit der Aufschrift Siedler & Co., Ring 47, entwendet. — Ein Handwerker wurde auf dem Fleischmarkt 12 Gebund Schnittlauch gestohlen.

*** Keller-Einbruch.** In einem Keller des Hauses Gabelstraße 73 sind Diebe eingedrungen und haben daraus etwa 5 Zentner Koks und mehrere Kränzen mit eingelegten Früchten gestohlen.

*** Eine blaue Lamentajõe** mit Inhalt ist am Mittwoch nachmittags zwischen 4 Uhr und 5 Uhr auf dem Hofplatz verloren worden. Es wurde ein Mädchen gesehen, das die Tasche aufhob und schnell über den Hofplatz ging; das Mädchen ist auch von Kindern erkannt worden. Der Finder wird erlucht, die Tasche mit ihrem Inhalt (wertvolle Bücher für den Verkäufer) Böhmischstraße 40, 1. Etg., bei Veschel abzugeben.

*** Verloren** wurden eine Petratsurkunde auf den Namen Franz Wienel mit Frau Marie, geb. Gornitz, eine braune Altentafel, eine schwarze Emaillebroche mit Goldrand, ein Portemonnaie mit zwei Schlüsseln und zwei goldene Ringe.

*** Gesunden** wurden eine silberne Damenuhr mit Kapsel und Kette, eine Wolche mit rotem Kreuz, ein Portemonnaie mit Inhalt, eine schwarze Markttafel.

Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

Landdistrikt 14. Herdain-Dürreog, Schönstraße. Sonntag, den 3. November, früh um 6 $\frac{1}{2}$ Uhr, treffen sich die Genossen und Genossinnen zur Landboten- und Kalender-Verteilung bei Galle, Hippelstraße 28. Der Distriktsführer.

Santh. Frevelhafte Chauffeerverperrung. Vor einigen Tagen kamen obendts zwei Fuhrwerke aus Santh mit Langholz im Gewicht von etwa 110 Zentnern beladen die Schosnitzer Chaussee entlang. In einer scharfen Biegung der Chaussee blieb eins der Fuhrwerke infolge der Länge der aufgeladenen Hölzer hängen, so daß die Pferde es nicht vorwärts zu bringen vermochten. Der Kutscher spannte die Pferde ab und begab sich, ohne das Fuhrwerk zu beleuchten oder sonst ein Warnungszeichen aufzustellen, auf den Heimweg. In der Dunkelheit der Nacht sind dann zwei Fuhrwerke, die die Chaussee entlang gefahren kamen, auf den stehengelassenen Langholzwagen aufgeprallt und haben mehr oder weniger bedeutende Beschädigungen erlitten. Ein Glück ist es zu nennen, daß kein Automobil in derselben Nacht dort verkehrt ist; sonst wäre ein Unglück unabwendbar gewesen.

Schlesien, Bosen und Nachbargebiete.

Wriüberg, 1. November. Schon möglich. Der Nieder-schlesische Anzeiger berichtet: Etwas lebhaft dürfte es am kommenden Montag auf dem hiesigen Fleischmarkt zugehen. Es hat sich hier das Gerücht verbreitet, daß in der verfloffenen Woche auswärts-e Fleisch zu Markte hier gewesen seien, die große Posten Fleisch zu billigen Preisen haben verkaufen wollen. Die hiesigen Fleischer hätten den auswärtigen Kollegen jedoch den geringen Fleischvorrat abgekauft, um einen Preisrückgang zu verhindern.

Das ist schon möglich. Aber die Konsumenten haben doch schließlich auch noch ein Wort mitzureden, unter Umständen sogar ein sehr kräftiges.

Striegau, 1. November. Schwere Unfall im Steinbruch. Schwer verunglückt sind selber durch eigene Schuld am Dienstag vormittag die Steinarbeiter Ernst Pöfker und Martin Walter von hier. Beide arbeiteten zusammen bei der Firma E. F. Lehmann, sogenannter Urbanbruch. Während der Frühstückspause sollte ein von ihnen verfertigtes Bohrloch abgeschlossen werden, doch versagte aus irgendwelchen Gründen der Schuß. Anstatt nun das Pulver im Loch durch Wasser zu erlösen und längere Zeit stehen zu lassen, gingen die Genannten nach der Frühstückspause daran, das Loch auszu bohren. Walter drehte den Bohrer und Pöfker schlug mit einem Hammer darauf. Aber nur wenige Schläge, und der Schuß ging los. Der Bohrer und Hammer flogen hoch in die Luft, zum Glück nach außen, denn wenige Meter unter ihnen arbeiteten mehrere Arbeiter, die ebenfalls gefährdet waren, wenn Bohrer und Hammer nach dieser Richtung geflogen wären. Pöfker wurde ebenfalls mehrere Meter weit fortgeschleudert und an den Händen und im Gesicht scharflich verbrannt. Das linke Auge gilt als verloren, während Aussicht vorhanden ist, das rechte zu erhalten. Am schwersten getroffen ist Walter, der dem Bohrloch am nächsten war. Bei ihm brannten die Kleider noch, als ihm seine Kollegen zu Hilfe kamen; Gesicht und Hände sind total verbrannt, der linke Unterarm ist vollständig zerfleischt und der rechte gebrochen und beide Augen sind verloren. Die Verunglückten wurden zunächst in die Fleischstube geschafft, wo sie von Herrn Dr. Stal, der aber erst nach 1 $\frac{1}{2}$ Stunden zur Stelle war (der Bruch ist nur einen Kilometer von der Stadt entfernt) verbunden und dann mittels Krankentrage nach dem Kreiskrankenhaus geschafft wurden, wo dem verunglückten Walter die linke Hand amputiert werden mußte. Walter ist 23 und Pöfker 25 Jahre alt. Beide sind seit etwa zehn Wochen verheiratet.

Neueste Nachrichten.

Der Krieg auf dem Balkan.

70.000 Mann verloren?

Turin, 1. November. Der Korrespondent der „Stampa“ in Sofia meldet seinem Blatte: In der Schlacht von Luele-Burgas sind zwanzigtausend Türken getötet oder verwundet worden, hunderttausend Türken wurden gefangen genommen. Zahlreiche Siegesstrophäen, Fahnen, Patronen, Gewehre und sonstiges Kriegsmaterial wurde in großen Mengen von den siegreichen Bulgaren erobert. Der Gesamtwert der ganzen Kriegsbeute beläuft sich auf mindestens 56 Millionen. Man bestreitet ferner das schon gemeldete Gerücht, daß der türkische Kriegsminister und Generalissimus, der Oberbefehlshaber der gesamten türkischen Streitkräfte, General Nagim Pascha, gefangen genommen worden sei. Mit ihm verschwand der beste General der osmanischen Armee. Nagim Pascha hatte versucht, sieben Kilometer südlich von Luele-Burgas die zerstreuten Hilfstruppen wieder zu versammeln und den vorrückenden Bulgaren von neuem heftigen Widerstand zu leisten. Die Bulgaren verfolgten jedoch in unermüdlichem Eifer den fliehenden Feind, trotzdem die bulgarischen Streitkräfte zum allergrößten Teile drei Tage und drei Nächte hintereinander gekämpft hatten. Mehrere Gliedmaßen sind von den Bulgaren angehalten worden und wurden

mit den türkischen Gefangenen nach Kistlißo gelistet, wo die letzteren alle konzentriert werden. Nagim Pascha wurde, wie nunmehr bestimmt feststeht, in Tschorlu gefangen genommen, wo er mit 120.000 Mann den Bulgaren einen verzweifelten Widerstand leistete. Diese Truppen stellen die Hälfte der türkischen Heeresmacht dar, welche in Luele-Burgas in dem Kampfe standen, doch war jeder Widerstand vergebens.

Ein türkischer Erfolg vor Adrianopel.

Konstantinopel, 1. November. Privatbesprechungen aus Adrianopel an türkische Blätter über die offiziell gemeldeten Ausfälle besagen, daß ein Korps in nordöstlicher Richtung gegen Radei Boezj und ein anderes gegen Marasch gerückt sei. Letzteres nahm Sermen. Eine feindliche Abteilung bleibe bei Radei Boezj von zwei türkischen Streitkräften eingeschlossen. Das andere türkische Korps vertrieb die Bulgaren bei Elmek-Roel. Die Türken erbeuteten zehn bulgarische Kanonen. Die Forts von Adrianopel eröffneten das Geschützfeuer gegen die vor der Stadt von den Bulgaren angelegten Werke. Die Artillerie erschoss zwei bulgarische Aeroplane. Einen Jagman fallen, ein bulgarisches Kavallerieregiment erlitt große Verluste in dem Kampf bei Luele-Burgas. Die Türken haben hier sechs bulgarische Kanonen genommen.

Skutari Todeskampf.

Sattaro, 1. November. Skutari und die Forts am Tarabosch widerstehen noch immer den Angriffen der Montenegriner mit Erfolg. Schwere Komplikationen drohen durch die Faltung der Malfisoren den katholischen Albanern der Grenzgebiete, die schon vor 14 Tagen von dem König Nikolaus schriftlich Garantien dafür verlangten, daß die von ihnen berohnten Gebiete nach Beendigung des Krieges die Autonomie erhalten würden.

London, 1. November. Ein Telegramm aus Nieta berichtet, daß die Beschießung von Skutari auf der ganzen Linie begonnen hat. Große Rauchwolken erheben sich in der Umgebung der Zitadelle, doch ist das Ergebnis des Bombardementes bisher noch nicht bekannt.

Auf der Flucht.

Sofia, 1. November. Die bulgarische Armee hat die energische Verfolgung des fliehenden Feindes aufgenommen, der in Unordnung und Panik sich auf Nassi und Tschorlu zurückzieht. Eine große Anzahl von Kanonen, Fahnen, viel Munition und andere Kriegsgüter sind in die Hände der bulgarischen Truppen gefallen.

Wien, 1. November. Nach einer vertraulichen Weidung, die jedoch von bestuntesrichteter Seite von Konstantinopel hierher berichtet wurde, sei nach der ganz bestimmten Mitteilung eines türkischen Generals das türkische Heer nicht länger imstande, sich bei Tschorlu zu halten.

Türkisches Zugeständnis.

Konstantinopel, 1. November. Ueber die Kämpfe bei Wiesa und Luele-Burgas ist seit vorgestern abend keine amtliche Meldung mehr erschienen. Der „Tanin“ meldet ohne nähere Quellenangabe, die bulgarischen Truppen hätten bei den letzten Kämpfen eine großartige Umgebungsbeziehung versucht, die ihnen im großen und ganzen auch gelungen sei. Der Hauptangriff sei gegen den rechten türkischen Flügel bei Wiesa gerichtet gewesen, während der Angriff bei Baba-Eski und bei Luele-Burgas nur schwach war. Der bulgarische Angriff sei bei Schongura gescheitert.

Konstantinopel, 1. November. Ein im hiesigen türkischen Kriegsministerium heute morgen 1 $\frac{1}{2}$ Uhr eingelaufenes Telegramm besagt: Die türkischen Minister hielten gestern infolge der schlechten Berichte, die von der Grenze und von allen Kriegschauptplätzen einliefen, einen Ministerrat ab, in dem, wie man anzunehmen sich für berechtigt hält, die Frage des baldigen Friedensschlusses mit den verbündeten siegreichen Balkanvölkern beraten worden ist.

Nach Saloniki.

Saloniki, 1. November. Hier sind seit gestern zwei englische Kriegsschiffe aus Malta eingetroffen. Die Mannschaften haben strenges Verbot erhalten, an Land zu gehen. Sollten sich in Konstantinopel, was sehr befürchtet wird, in der nächsten Zeit revolutionäre Bewegungen gegen die christliche Bevölkerung geltend machen, so hat die englische Flotte im Ägäischen Meere den Befehl erhalten, unverzüglich vor Konstantinopel zu erscheinen und zugunsten der christlichen Bevölkerung einzugreifen.

Triest, 1. November. Die österreichisch-ungarischen Kriegsschiffe haben den Befehl erhalten, unter Halbampf zu gehen, um sofort in See stechen zu können, wenn in Saloniki ernstliche Ereignisse eintreten sollten.

Kleine Nachrichten.

Konstantinopel, 1. November. Die Ankunft des Stationschiffes „Lorelen“ mit Abdul Damiid von Bord erfolgte gestern vormittag im Kai von Dscheran. Abdul Damiid wird in das kleine Palais an der Küste überführt. Es besteht die Absicht, daß später Abdul Damiid nach Angora transportiert werden soll.

Konstantinopel, 1. November. Das Blatt „Osman-Demani“ teilt durch Anschlag mit, daß die osmanische Flotte wiederum sehr entschlossen mit der Blockade von Burgas begonnen habe. Die bulgarischen Besetzungen hätten jedoch das Feuer der türkischen Kriegsschiffe erwidert. Die Blockade dauert immer noch an und bis jetzt scheinen die türkischen Kriegsschiffe im Vorteil zu sein, jedenfalls würde von ihnen das Bombardement immer noch mit aller Kraft fortgesetzt, wäre es die Fortbesetzungen unter dem teilweise sehr wirksamen Feuer der türkischen Kriegsschiffe schon zum Teil sehr gelitten hätten. Der türkische Ministerrat trat gestern nachmittags wiederum zusammen. Während des Kabinettsrates erließen der russische Volkstakt auf der Worte. Ueber den Zweck seines Erscheinens verriet er noch nichts Bestimmtes.

Ein Ut entat

auf den Statthalter von Kroatien.

Zagreb, 1. November. Gestern abend gegen 9 Uhr wurde auf den Banus von Kroatien, von Curay, ein Revolver-Attentat verübt, von einem Manne, der im Augenblicke des Attentates kaum im Vollbesitze seiner geistigen Kräfte gewesen sein dürfte. Der 18-jährige kroatische Student Blankischak II. terte, als der Statthalter gerade in seinem Arbeitszimmer am Fenster vor seinem Schreibtische saß, auf einen ziemlich weit vom Fenster sich befindenden Gaterenpfahl, von dem aus er die Silhouette des Banus von Kroatien sehen konnte. Auf eine Entfernung von ungefähr 43 Metern feuerte er nun aus einem ziemlich kleinen Revolver durch die Fensterscheibe auf den Banus ab. Er schuß ab, der auch tatsächlich das Fenster traf und die Scheibe zersplitterte, jedoch der Banus wie vorausgesehen war, vollständig unversehrt blieb. Der Student erschoss sich dann auf dem Gaterenpfahle und fiel den herbeieilenden Polizisten und Bedienten, die auf die Detonation des Schusses hin sofort herbeieilten und den Mordtatbestand bezeugten, tot in die Arme.

Der Internationale Sozialismus gegen den Krieg.

Das Internationale Sozialistische Bureau erläßt folgenden Manifest:

Das Internationale Sozialistische Bureau spricht seinen tiefsten Abscheu aus vor dem Massenmord, der sich jetzt auf dem Balkan vollzieht und sendet den Sozialisten der Balkanländer die warmste Anerkennung für den Selbstenmut und die Prinzipientreue, die ihnen die Kraft verliehen hat, unter den gefährlichsten Verhältnissen gegen den Krieg zu protestieren. Wir erklären, daß hinter den berechtigten Bedürfnissen der Völker des Balkans nach nationaler Einigung und Selbstbestimmung und nach Beendigung des bishertigen Zustandes, der sie zu katastrophalen Ausfällen und Desterreichs degradiert, sich die Interessen der Dynastien und die Begehrlichkeiten der Kapitalisten verbergen. Es sind nicht die Interessen der arbeitenden Massen, sondern der Kapitalisten und Fürsten des Balkans, die dahin drängen, politische Veränderungen auf dem Wege des Krieges herbeizuführen. Die Interessen der arbeitenden Massen, die auch die Selbstbestimmung der Nation in sich schließen, erheischen nicht den Krieg. Und die fortschreitende Demokratisierung und Nationalisierung der Staaten des Balkans eingeschlossen die Türkei. Nur auf diesem Wege war ohne Völkerverhetzung, ökonomischen Ruin und Untergang sozialer Anarchie und Völkermassakern auf dem Balkan zu erreichen, als unter den gegebenen Verhältnissen überhaupt möglich ist.

Die kapitalistischen und monarchischen Interessen waren unvereinbar mit dieser Methode der Befreiung der Balkanvölker; von dies machte den Krieg unvermeidlich, für dessen Greuel die herrschenden Klassen verantwortlich sind. Außerdem trägt die russische Schmach der russische Absolutismus, der seit der Niederlage der nationalen Aspirationen der Balkanvölker bediente, aus ihrem Blut, wie im eigenen Lande aus dem seiner Völker, Kräfte zu saugen.

Endlich klagen wir an als Schuldige die kapitalistischen Kräfte Europas überhaupt, die durch ihre Habgier und Brutalität Gewalttaten und Kreuzszüge in Marokko, Bosnien und Herzegowina, Tripolis und Persien, durch ihre perfide Lähmung der Bestrebung zur Wiedergeburt der Türkei, sowie durch das Schicksal zwischen den Türken des Panislamismus und den Völkern der österreichischen Monarchie ihrerseits die Entstehung des Krieges gefördert haben.

Dieser Konflikt kann jeden Augenblick die Schrecken eines Weltkrieges gebären.

Die Völkern aller Kontinente, aller Parteien der Internationalen, sind in dieser Stunde größer wie je. In düsteren Gewirbeln der Ereignisse müssen auch dem Rückständigsten die tiefen Ursachen dieses Regimes der Unsicherheit, der Brutalität und des Raubes, das die Welt zerfleischt, klar werden, und muß die Pflicht des Proletariats erhellen, alle Kraft daran zu setzen, die Verwirklichung des Sozialismus zu beschleunigen, der allein die Beziehungen der Nationen zueinander auf die dauernde Grundlage der Ehrlichkeit stellen wird, während diese Beziehungen heute preisgegeben sind, der kapitalistischen Anarchie, der Habgier der hohen Finanz, dem chauvinistischen Wahnsinn, dem Händelspiel der Diplomatie und den Gewalttätigkeiten der Reaktion.

Es ist dringend notwendig, daß die Klassenbewußten Proletariats sich jeden Versuch, den Krieg auszudehnen, und jeder Intervention, die ihn auszuweiten würde, mit aller Kraft widersetzen, und daß das Proletariat der kriegserzeugenden Politik mit der ganzen Kraft seiner Organisationen und mit wichtigen Passivmaßnahmen entgegentritt. Das internationale Proletariat muß mit größtem Nachdruck seine Stimme erheben und durch sein Verhalten bezeugen, daß es sich nicht in die Politik der rohen und blutigen Konflikte hineinbegeben läßt.

Um diesem Protest und diesem Vorgehen gegen den Krieg die höchste Einheitlichkeit und Wirksamkeit zu sichern, hat das Internationale Sozialistische Bureau die Einberufung eines außerordentlichen Internationalen Kongresses beschlossen.

Die beste Vorbereitung des Kongresses wird in einer systematischen und intensiven Agitation aller sozialistischen und proletarischen Organisationen gegen alle jene Elemente bestehen, die an dem Verbrechen des Konfliktes Schuld tragen.

Die nächste Zukunft wird wahrscheinlich an die sozialistischen und proletarischen Parteien die größten Anforderungen stellen. Wir zweifeln nicht, daß sie sich auch dem Schwersten widersetzen werden, mit dem Mut, dessen glänzendes Vorbild uns bereits die Genossen im Brennpunkt des Konflikts gegeben haben.

Mögen die Regierungen eingedenk sein der Gefahren, die das Spiel mit dem Feuer mit sich bringt, und daß dies Feuer imstande ist, die ganze kapitalistische Welt in Brand zu ziehen.

Krieg dem Kriege! Doch die Internationale!

Preussisches Abgeordnetenhaus.

90. Sitzung, Donnerstag, den 31. Oktober, Vormittags 10 Uhr.

Am Ministertisch: v. Schorlemer, v. Dallwitz, Senge.

In Ehren des verstorbenen Abg. Dr. Gadenberg (natl.) ergehen sich die Abgeordneten von den Einigen.

Die Besprechung der polnischen Interpellation über die Anwendung des Enteignungsgesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Graf Braschwa (Zentr.): Die Vornahme einer Enteignung aus politischen Gründen ist beispiellos und unvorstellbar in der preussischen Geschichte. Für mich als christlich-konservernen Mann war es sehr schmerzhaft, dem Abg. Korfany in mancher Hinsicht zuzustimmen zu müssen. Die Enteignung beweist die Schwäche der Regierung gegen die Einflüsse der Sozialisten. Ihre Politik ist nicht die Grenze des Eigentums, darum wird nach Schillers "Wallenstein" auch nicht der Segen darauf zu sehen. Die Enteignung bedeutet eine Verstärkung des

freundlichen Voten Desterreichs und sie widerspricht christlich-konservernen Grundsätzen und der inneren Kolonialpolitik. Wenn die Polen immer mehr erbittert und in die Städte getrieben werden, so kann nur der Nationalismus und Sozialismus Partei davon haben. Wenn die Regierung nicht den Mut hat, von der Politik der Untertänigung des Privateigentums abzuziehen, so müssen wir auf einen zweiten Versuch warten, der mit eisernem Willen mit dieser Politik aufzuräumen. Die große Mehrheit des deutschen Volkes wird er zu Bundesgenossen haben. (Vebh. Beifall im Zentrum und bei den Polen).

Minister des Innern v. Dallwitz:

Die Polenpolitik der Regierung ist eine notwendige Konsequenz der geschichtlichen Entwicklung. Der großpolitischen Propaganda muß entgegengetreten werden, die Regierung muß die separatistischen Bestrebungen abwehren. Sie findet nicht genug Land zu freierem Areal. Von einer besonderen Karte der Emigration gegenüber ist keine Rede. (Abg. Hoffmann (Soz.): das werden wir uns merken!) Ich war zu diesen Ausführungen genötigt, um den maßlosen Neureichen und kranken Einstellungen entgegenzutreten, die von polnischer Seite der Regierung im Gesicht gezeichnet worden sind. (Zürückgehende Blutrufe b. d. Polen. Beifall rechts.)

Präsident Graf v. Schwerin (Wohlf. in den Polen): Ich verleihe dem Herrn Grafen, wenn Sie glauben, daß Ihnen unrecht geschieht, aber im Recht vertritt man sich am wirksamsten, je ruhiger und leidenschaftlicher man vorgeht. Unterlassen Sie also solche Zwischenrufe, die der Würde unserer Verhandlungen nicht entsprechen. (Vebh. Lenz)

Abg. Dr. Bruchnick (Sp)

bekämpft die Enteignung aus politischen und wirtschaftlichen Gründen. Der Justizminister hat j. B. erklärt, verfassungswidrig wäre es sein, Polen am Erwerb von Wägen zu hindern. Das ist nun der Fall, denn vom Erwerb ist die Weile nicht zu trennen. Ganz im Gegensatz zu der jetzigen Rede des Ministers v. Dallwitz habe ich Minister v. Schorlemer, daß noch bis 1913 genug Land zum freihändigen Verkauf vorhanden ist. Der Weg von Berlin nach Polen ist mit Feiern gespickt. Statt die vernünftige Aufhebung des polnischen Monarchie auszuheben beschränkt man sich auf zwei Provinzen und gab vor dadurch eine nationale Spitze. So hält man die polnische Weile nicht auf. Wer sich eine deutsche Besitzung im Osten heranschaffen will, darf nicht abgeen von der Seite des Rechts und der Gerechtigkeit. (Beifall b. d. Sp.)

Abg. von Franke (Soz)

Die maßgebenden Verhältnisse haben das Unterdrückungsvermögen für Weizen und Getreide verloren. Jedes von Polen neu gekaufte Land wird jetzt ohne weiteres enteignet. Und in der Verfassung steht, daß jeder Staatsbürger das Recht hat, Grundbesitz zu erwerben! Wir wollen die größten Ziele, würden wir der Regierung weihen Land zur Ausweisung deutscher Frauen verkaufen, aber sobald sie polnische Bauern ansiedeln will wird sie genötigt Land zur Verfügung haben. Wir wollen nur als Nationen weiter leben und uns entwickeln. Wer uns das in hundert, ist unter Lockern. Eine Politik, die im Zentrum der allvermeintlichen Verantwortlichkeit steht, ist velleter Wahnsinn. (Beifall bei den Polen.)

Abg. Vorhard (Soz):

Die offene wie die heimliche, mit der Regierung die Interpellation behandelte wurde, nicht hinab nach Propaganda aus. Aber daran denken die großen Parteien dieses Hauses natürlich niemals. (Vebh. b. d. Soz.) Unter der Aufsichtskommission kann sich die Regierung nicht verstecken, denn sie hat die Enteignung beschlossen. Wenn wirklich nach Bilow's Ankündigung, die Enteignung unläuterer Güterenteignung verbunden ist, dann müßte man zunächst die deutschen Güterenteigner entzügen, die sich von der Aufsichtskommission die höchsten Preise zahlen lassen. Wer die kolossale Preissteigerung der Güter und Dänen hat die Regierung an der Zeit wegen Regierung und Polen werden sich gegenständig vor, anfangen zu haben. Auf der einen Seite stehen christliche Völkern, auf der anderen Vertreter des „christlichen“ Staates. Wenn die Staatsnotwendigkeit ein Entgegenkommen an die Polen ausschließt, so beweist das

daß mit christlichen Grundsätzen nicht regiert werden kann.

wie also garnicht in einem christlichen Staat leben. Bei der Beratung des Enteignungsgesetzes hat Herr von Schorlemer erklärt, es gäbe Verhältnisse, wo man nehmen müsse, weil man es nicht anders bekommt. Das werden wir uns merken. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Da bedeutet, daß es ein unvermeidbares und heiliges Recht garnicht gibt, auch nicht für das Privateigentum. Staatsinteressen, die nach Verstand noch über den Rechten stehen müssen, sind allemal die Interessen und Wünsche derjenigen, die im Staat die Macht haben. Herr von Schorlemer's Ansicht ist also, daß die Rechte nur geschaffen sind, um die jeweiligen Nachbarn zu schützen, diese selbst aber sich nicht daran zu halten brauchen. Das ist reiner Nihilismus. Und da soll uns Recht und Privateigentum heilig sein?

Wir Sozialdemokraten werden freilich nicht aus politischen Gründen um einzelne Personen oder Nationen zu treffen, entgegen, sondern nur im allgemeinen Interesse, weil wir im Privateigentum die Quelle des Elends und der Not sehen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Damals, 1908, hätte ja auch der Nationalliberal v. Friedberg einem Zentrumsmann, der gegen die Enteignung überhaupt war, zugeworfen, er glaube ihm garnicht zu aben, daß man in Bezug auf die Enteignung heute auf einem moderneren Standpunkte stehe. (Hört, hört! b. d. Soz.) Hoffentlich wird Dr. Friedberg in der Beziehung modern, so wie ihn eines schönen Tags als unsern Genossen begrüßen können. (Vebh. Lenz.)

Zweifellos hat die Regierung Ursache, eine Lösung der Polenfrage zu suchen, aus der sie letzten Endes Verzichtnahmen für die militärische Sicherheit Freuen folgert. Aber mit ihrer ganzen Polenpolitik kann sie niemals das polnische Volkstum ausrotten, sondern nur fürchterlichen Nationalhaß erzeugen. Das Mittel der Lösung heißt nicht Völkerverhetzung, sondern Völkerverständigung und es liegt im internationalen Sozialismus, der jedem Volk das Recht seiner nationalen Existenz, der Pflege seiner nationalen Eigenart nichtleihen gibt um alle Völker in einer großen Völkergemeinschaft brüderlich bei einander leben lassen will. Diese Lösung aber wird der preussische Staat nicht eher finden und verwirklichen können, als bis er einmal zum Sozialismus weiter entwickelt ist. (Vebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Nissen (Zentr.) protestiert unter lebhaftem Beifall der Polen ebenfalls gegen die gewalttätige und verfassungswidrige Enteignung. Damit ist der Gegenstand erledigt.

Es folgen Petitionen, zunächst solche auf Verbesserung der Einkommensverhältnisse der Hilfsgerichtsdienste, sowie auf unzulässige Anstellungen, Gehaltsvermehrung und Teuerungszulagen für die Unterbeamten. Die Kommission beauftragt zum Teil Übergang zur Tarifordnung, zum Teil Überweisung als Material. Ein freiton exorbitanter Antrag wünscht Überweisung zur Erwerbung. Anträge der Sozialdemokraten und Fortschrittler wünschen Überweisung zur Berücksichtigung, der gleichen ein Zentrumsantrag, der verlangt, daß bei den Teuerungszulagen die Zahl der zu verforaenden Angehörigen mit zu berücksichtigen ist.

Abg. Dr. Siebnecht (Soz.): Die Bezahlung der Hilfsgerichtsdienste bleibt unter dem ortsüblichen Lohn und da spricht die Regierung von ausbrechender Bezahlung! Für die Unterbeamten hat sie immer nur wohlwollende Redensarten, denen keine Taten folgen. Die Regierung und die großen Parteien des Landtages tragen die volle Verantwortung dafür, daß die Besoldungsordnung gegenüber den Unterbeamten jedes soziale Bedürfnis vernachlässigt läßt. Derselben Faktoren haben die Teuerung verschuldet, namentlich auch das Zentrum. Sie raten den Unterbeamten mit Gott für König und Vaterland den Hungerreihen enger zu schließen. (Oh! rechts.) Soll ein Volk, das der Staat auszunutzen läßt und unterdrückt, für ihn begehrt sein? Wir stellen Sie auf die Probe, ob Sie wirklich Wandel schaffen wollen, was Sie durch ein energisches Vorgehen bei den Petitionen tun können. Der Zentrumsabgeordnete Barthler hat uns vorgeschrieben, daß wir bei der Besoldungsordnung keine Anträge gestellt hätten. Damit will man die Sache nur verdunkeln, denn die entscheidende Frage ist, wer für die Beamten einzustehen ist: das waren wir, und wer für seine Anträge seine Energie aufgewandt hat, das waren Sie! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ein Regierungskommissar: Bei dem Kinderreichtum der meisten Beamten würden Teuerungszulagen unter Berücksichtigung der Kinderzahl sehr große Summen beanspruchen. Durch Teuerungszulagen werden wir die Teuerung als dauernd anerkennen.

Lieber die Petitionen auf Gehaltserhöhungen wird zur Tagesordnung übergegangen. Die Wünsche auf Teuerungszulagen werden zur Berücksichtigung überwiesen die Frage der Unabbarkeit der Unterbeamten wird an die Budgetkommission verwiesen.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung: Montag 12 Uhr. (Interpellation Dr. Brandt (natl.) über den Wagenmangel, Petitionen, Anträge.)

Arbeiterbewegung.

Lohnbewegung in der Tabakindustrie.

Die Fensterwälder Tabakarbeiter waren an die Fabrikanten, die meistens an Berliner Großhändlern liefern, mit einer Lohnforderung herangeritten. Wenn auch die allgemein verlangten 15 Prozent nicht erreicht wurden, so sind doch ohne Streit nennenswerte Zugeständnisse errungen worden. Bei Inspektat 41 Firmen wurden Zulagen bis zu 1,40 pro Mille gemacht. Der Minimallohn wurde von 6,55 Ml. auf 7,10 Ml. resp. 7,25 erhöht (1,75 Ml. Mehrlohn und 2,50 Ml. Bittelohn). Die wöchentliche Arbeitszeit wurde auf 50 Stunden festgesetzt. In den 41 Betrieben werden 525 Tabakarbeiter beschäftigt. Mit 4 von den 41 Firmen konnte ein Tarifvertrag mit einem Minimallohn von 7,70 Ml. abgeschlossen werden, jedoch, da auch noch 10 andere Firmen seit längerer Zeit im Tarifverhältnis mit dem Tabakarbeiterverband stehen, jetzt in Firmenweise 124 Tabakarbeiter zu tariflichen Löhnen beschäftigt sind. Nicht unwesentlich ist, daß vor allem einmal die Löhne für die gleichen oder ähnliche Sorten ausgeglichen worden sind.

In Cottbus erhöhten 11 Firmen den Lohn der Tabakarbeiter um 0,25 bis 1,25 Ml. Mit 5 von diesen Firmen wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen. Der Minimallohn wurde von 8 Ml. bezw. 8,25 Ml. auf 9 Ml. erhöht. Bei drei Firmen, die nicht bewilligten, wird weiter gestreikt.

In Hede i. W. streikten die Tabakarbeiter wegen Lohn-erhöhung bei 9 Firmen. Durch Vermittlung des Bürgermeisters ist mit 5 Fabrikanten eine Einigung erzielt worden. Der Minimallohn wurde von 8 Ml. auf 8,50 pro Mille erhöht. Mit einigen Kurmagern wurden auf alle anderen Sorten Zulagen von 25 und 50 Pfo. bewilligt. Bei den übrigen 4 Firmen wird, da eine Einigung noch nicht erfolgen konnte, der Kampf fortgesetzt.

Wahlen zur Angestelltenversicherung.

In Hannover-Linden erhielten die Freie Vereinigung 1811, der Hauptauschuß 3788 Stimmen; die Freie Vereinigung erhält fünf Vertreter, der Hauptauschuß zehn.

In Chemnitz wurden insgesamt 4300 Stimmen abgegeben, von denen 1339 auf die Liste der Freien Vereinigung, 761 auf die verbundene Liste der Hauptauschuß-Verbände fielen. Die Freie Vereinigung erhielt 2 Vertrauens- und drei Ersatzmänner; ihr Erfolg ist über alles Erwarten groß. In dem Wahlresultat der Verbände ist besonders bemerkenswert, daß der kaufmännische Verband weiblicher Angestellten weder einen Vertrauensmann noch einen Ersatzmann erhalten hat, wohl aber durch seine 236 Stimmen dem deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Verband zu zwei Sitzen mehr verholfen hat, als er sonst bekommen hätte.

In Schöneberg bei Berlin entfielen auf die Liste der Freien Vereinigung 493 Stimmen, auf die damit verbundene Liste der Vereins der Deutschen Kaufleute 116 Stimmen. Die Listen der im Hauptauschuß organisierten Verbände erhielten insgesamt 722 Stimmen, darunter hatte die Liste des Vereins der weiblichen Angestellten mit 334 die größte Stimmengahl. Die Freie Vereinigung stellt 2 Vertrauensmänner und 4 Ersatzmänner, darunter ein Kandidat des Vereins der deutschen Kaufleute. Der Hauptauschuß stellt gleichfalls 2 Vertrauensmänner und 4 Ersatzmänner.

In Frankfurt a. M. erzielte die Freie Vereinigung ein gutes Resultat. Sie vereinigte 1483 Stimmen auf ihre Liste, die im Hauptauschuß vereinigten Verbände 4766 Stimmen. Die Freie Vereinigung stellt einen Vertrauensmann und 8 Ersatzmänner, der Hauptauschuß 5 Vertrauensmänner und 9 Ersatzmänner.

In Düsseldorf a. M. erhielt der Hauptauschuß 2 Vertrauensmänner und 5 Ersatzleute, die Freie Vereinigung einen Vertrauensmann und einen Ersatzmann.

In Sonneberg erhielt die Liste der Freien Vereinigung 154 und die Liste des Hauptauschusses 183 Stimmen.

Forderungen der städtischen Arbeiter. Den städtischen Kollegen in Kiel wird in nächster Zeit eine Beamtensoldaten- und Arbeiterlohnvorlage zugehen, die, soweit ihr Inhalt bis jetzt bekannt geworden ist, die städtischen Arbeiter in keiner Weise befriedigt. Sie haben deshalb in einer öffentlichen Versammlung ihre Wünsche folgendermaßen formuliert:

Lohnaufbesserung für alle Arbeiter ausgenommen die Retortenheizer, um 20 Pfg. pro Tag. Der Minimallohn muß auf 4,20 Ml. pro Tag festgelegt werden. Die Löhne der Handwerker und von 4,70 Ml. bis 5 Ml. auf 5,50 Ml. zu erhöhen. Für Retortenheizer und für die Nachschicht der Straßenreinerer ist die Nachschicht einzuführen, für alle übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen der Neunstundentag. Die in der Woche fallenden Feiertage sind mit den vollen Lohnsätzen zu entschädigen. Herabsetzung der Karenzzeit zur Erlangung des Sommerurlaubs. Anerkennung der Organisation durch die Stabverwaltung.

Zur Aufbesserung der christlichen Metallarbeiter in Wenden (Beifall). Nach den vorliegenden Nachrichten ist bis jetzt etwa 1200 Metallarbeitern gekündigt worden, die, wenn die Aufbesserung zur Tatsache wird, am 9. November entlassen werden. Ein Teil der Unternehmer hat den Beschäftigten ihrer Organisation nicht Folge geleistet und nicht ausgespart. Von den 888 gekündigten Arbeitern der Firma Schmöle u. Co. sind bis jetzt 208 bereits wieder im Betrieb, darunter ein guter Teil selbst christlich Organisiert; diese werden von der Firma mit einem

